

Stenographisches Protokoll.

72. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. IV. Gesetzgebungsperiode.

Donnerstag, 4. Februar 1932.

Inhalt.

Personalien: Urlaube (1913) — Abwesenheitsanzeige (1913) — Immunitätsangelegenheit Sepp Hainzl — Immunitätsausschuss (1913).

Nationalrat: Eruchen der Staatsanwaltschaften Linz, Wien I und Feldkirch um Ermächtigung zur Erhebung von Anklagen gemäß § 495 des Strafgesetzes — Immunitätsausschuss (1913).

Bundesregierung: Befehl des Bundeskanzlers Dr. Buresch, betr. die Enthebung der Bundesregierung vom Amt und die Belebung derselben mit der Fortführung der Geschäfte (1913).

Befehl des Bundeskanzlers Dr. Buresch, betr. die Ernennung der neuen Bundesregierung und die Enthebung der früheren Bundesregierung vom Amt (1914).

Befehl des Bundeskanzlers, betr. die Ernennung Franz Bachingers zum Bundesminister (1914).

Befehl des Bundesministers für Finanzen: Vorlage eines Berichtes gemäß § 6, Absatz 4, des Postsparkassen-Gesetzes (1938).

Befehl des Bundesministeriums für Handel und Verkehr: Vorlage eines Exemplars der "Statistik des Außenhandels Österreichs" im Monat November 1931" (1938).

Befehl des Bundesministeriums für soziale Verwaltung: Vorlage eines Berichtes über den Stand und die Bedeutung des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds im Jahre 1930 — Ausschuss für soziale Verwaltung (1938).

Regierungsvorlagen: 1. Änderung des Bundesgesetzes, betr. die Errichtung eines Bergbaufürsorgefonds (B. 292) (1938) — Ausschuss für soziale Verwaltung (1938);

2. Studentenschaftsordnung an den Hochschulen (B. 293) (1938);

3. Verwaltungsstrafgesetznovelle 1932 (B. 294) (1938) — Verfassungsausschuss (1938);

4. Verlängerung der Wirkamkeit des Bundesverfassungsgesetzes, betr. die Ermächtigung zur Erlassung gegegandernder Verordnungen zum Schutze der Wirtschaft (B. 298) (1938);

5. verschiedene Änderungen der Gewerbeordnung und des Kundmachungsprivilegs (B. 299) (1938);

6. handelspolitisches Ermächtigungsgesetz 1932 (B. 300) (1938).

Regierungserklärung: Erklärung des Bundeskanzlers Dr. Buresch (1914) — Antrag Sever auf Eröffnung der Debatte (1918) — Dr. Danneberg (1918), Kollmann (1927), Dr. Straffner (1928), Ing. Taufschitz (1934).

Dringliche Anfrage: Lengauer, Lichtenegger, Bundesregierung, betr. die Beschäftigung im Kohlenbergbau — Ablehnung der dringlichen Behandlung (1914).

Eingebracht wurden:

Anträge: 1. Werner, Dr. Hueber, betr. Änderung des Arbeiterkrankeversicherungsgesetzes 1929 (210/A);
2. Barboch, betr. die Zuverlässigkeit des erweiterten Rechtes auf Waffengebrauch an das Forst- und Jagdschutzpersonal (211/A).

Anfrage: Barboch, Dr. Schneider, Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, betr. die veterinärpolizeilichen Verhältnisse in St. Marx (48/I).

Verteilt wurden:

Regierungsvorlagen B. 288, 292, 293, 294 und 298.

Berichte: des Rechnungshofausschusses B. 295, des Ausschusses für soziale Verwaltung B. 296 und 297.

Tagesordnung: Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes (B. 69) und Bundesrechnungsabschluß für das Bewältigungsjahr 1930 (B. 295).

Übereinkommen mit dem Deutschen Reich über die gegenseitige Zulassung der an der Grenze wohnhaften Medizinalpersonen zur Ausübung der Praxis (B. 296).

Bericht an den Nationalrat über den Entwurf eines internationalen Übereinkommens über die Regelung der Arbeitszeit im Handel und in Büros (B. 297).

Präsident Dr. Renner eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Min. nachm. und erklärt das Protokoll über die Sitzung vom 5. Jänner als genehmigt.

Streerewitz und Dr. Schöber erhalten einen 14tägigen Urlaub.

Dr. Hampel ist frank gemeldet.

Die Staatsanwaltschaften von Linz, Wien I und Feldkirch eruchen um die Erteilung der Ermächtigung zur Erhebung von Anklagen gemäß § 495 des Strafgesetzes.

Das Bezirksgericht Neumarkt in Steiermark erucht um die Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Sepp Hainzl wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre. Diese Befehle werden dem Immunitätsausschuss zugewiesen.

Es sind folgende Befehle eingelangt:

„An den Herrn Präsidenten des Nationalrates!

Der Herr Bundespräsident hat mit dem an mich gerichteten Schreiben vom 27. Jänner 1932 die Bundesregierung auf Grund der überreichten Demission gemäß Artikel 74, Absatz 3, des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 vom Amte entthoben.

Gleichzeitig hat der Herr Bundespräsident gemäß Artikel 71 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der

Fassung von 1929 mich und die übrigen Mitglieder der Bundesregierung mit der Fortführung der bisher innegehabten Ämter und mich mit dem Vorfall in der einstweiligen Bundesregierung betraut.

Hievon beeche ich mich die Mitteilung zu machen.

27. Jänner 1932.

Buresch."

„An den Herrn Präsidenten des Nationalrates!

Ich beeche mich, die Mitteilung zu machen, daß der Herr Bundespräsident am 29. Jänner d. J. gemäß Artikel 70, Absatz 1, des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 mich zum Bundeskanzler ernannt hat.

Weiters hat der Herr Bundespräsident gemäß Artikel 70 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 den Abgeordneten zum Nationalrat Ing. Franz Winkler zum Vizekanzler, den Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Kurt Schuschnigg zum Bundesminister für Justiz, den Landtagsabg. Dr. Emmerich Czermak zum Bundesminister für Unterricht, den Hofrat Dr. Josef Resch, Direktor der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt in Wien, zum Bundesminister für soziale Verwaltung, den Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Emanuel Weidenhofer zum Bundesminister für Finanzen, den Kammeramtsdirektor der Niederösterreichischen Landes-Landwirtschaftskammer Dr. Engelbert Dollfuß zum Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, den Abgeordneten zum Nationalrat Eduard Heinzl zum Bundesminister für Handel und Verkehr und den Abgeordneten zum Nationalrat Carl Vaugoin zum Bundesminister für Heereswesen ernannt.

Die Mitglieder der Bundesregierung wurden vom Herrn Bundespräsidenten angelobt und haben somit ihr Amt angetreten.

Die mit der Fortführung der Geschäfte betraute bisherige Bundesregierung wurde mit heutigem Tage vom Amt enthoben.

29. Jänner 1932.

Buresch."

„An den Herrn Präsidenten des Nationalrates!

Ich beeche mich, die Mitteilung zu machen, daß der Herr Bundespräsident am 4. Februar d. J. gemäß Artikel 70, Absatz 1, des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 den Landwirt Franz Bachinger zum Bundesminister nach Artikel 78, Absatz 1, des bezogenen Bundes-Verfassungsgesetzes ernannt hat.

Der genannte Bundesminister wurde vom Herrn Bundespräsidenten angelobt und hat somit sein Amt angetreten.

4. Februar 1932.

Buresch."

Präsident: Die Bundesregierung ist im Hause erschienen. Da der Herr Minister Franz Bachinger dem Hause noch nicht angehört hat, erlaube ich mir, ihn vorzustellen.

Eine dringliche Anfrage der Abg. Lengauer, Lichtenegger u. Kam. an die Bundesregierung, betr. die Beschäftigung im Kohlenbergbau, lautet:

„Der Heimatblock hat seinerzeit einen Gesetzesantrag über die Errichtung einer „Kohlenverkehrsstelle“ eingebracht. Dieser Gesetzesantrag wurde bis heute nicht in Verhandlung gezogen, hingegen das „Brennstoffgesetz“ zum Besluß erhoben. Es zeigt sich nunmehr, daß das Brennstoffgesetz nicht genügende Handhaben bietet, um eine ausreichende Beschäftigung im Kohlenbergbau sicherzustellen. In den letzten Tagen sind im Bergbau Jöhndorf neuerlich 150 Bergarbeiter gefündigt worden.

Was gedenkt die Regierung vorzukehren, um diese für die Gesamtwirtschaft so wichtige Frage endlich einer Lösung zuzuführen, und ist die Regierung insbesondere bereit, die vom Heimatblock beantragte Errichtung einer „Kohlenverkehrsstelle“ anzunehmen, damit die Einfuhr ausländischer Kohle durch Einfuhrbewilligung geregelt werden kann?“

Die Verhandlung dieser nicht gehörig gezeichneten Anfrage wird vom Hause abgelehnt.

Bundeskanzler Dr. Buresch: Hohes Haus! Seit der letzten Sitzung des Nationalrates hat sich die Notwendigkeit ergeben, die innerpolitischen Grundlagen zu überprüfen, welche im Juni vorigen Jahres die Voraussetzungen der damaligen Mehrheitsgruppierung sowie der daraufhin erfolgten Kabinettssbildung gewesen sind. Als Ergebnis der Beratungen und Beschlüsse habe ich nunmehr die Ehre, dem hohen Hause die vom Herrn Bundespräsidenten auf Grund meiner Vorschläge neu ernannten Herren Mitglieder der Bundesregierung vorzustellen.

Ich habe nicht die Absicht, von dieser Stelle aus mich mit den Gründen der Demission meiner ersten Regierung zu beschäftigen oder diese zum Gegenstand einer Kritik zu machen. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß in einem geordneten Staatswesen die Regierungsgeschäfte eben besorgt werden müssen und daß es eine Preisgabe der Grundsätze bürgerlicher Parteien bedeuten würde, sich in einem so kritischen Zeitpunkte ihrer politischen Verantwortung zu entziehen und zur Fortsetzung der Regierungskrise ihre Hand zu bieten.

Diesen Standpunkt glaube ich hiemit mit aller Offenheit und ohne jedwede Bitterkeit betonen zu sollen, wobei mich der Gedanke leitet, daß es auch in der Zukunft Aufgabe von uns allen sein sollte, das Trennende zurückzustellen und gemeinsam für das Wohl des Vaterlandes zu arbeiten.

(Während der Ausführungen des Bundeskanzlers werfen zwei Galeriebesucher unter lauten Rufen Flugzettel in den Saal.)

Präsident: Ich ersuche die Diener, die Ruhesörer zu entfernen, und den Herrn Bundeskanzler, seine Rede fortzuführen.

Bundeskanzler Dr. Buresch (fortfahrend): Hohes Haus! Als ich im Juni vorigen Jahres anlässlich der erstmaligen Übernahme der Regierungsgeschäfte vor Ihnen das Regierungsprogramm zu entwickeln die Ehre hatte, war ich mir bewußt, daß die wichtigsten und dringendsten Probleme, vor die die Bundesregierung gestellt war, leider nicht so rasch gelöst werden konnten, wie es die Beengung des Staatshaushaltes, die Schwierigkeit der Wirtschaft, die Notlage weiter Kreise und — dadurch ausgelöst — die nicht unbegreifliche Ungeduld der Bevölkerung wohl erfordert hätten. Diese schwer drückende Last an Arbeit und Verantwortung ist leider zu einem bleibenden Inventarstück jeder österreichischen Bundesregierung geworden, die es unter diesen Verhältnissen mit Ernst und Beharrlichkeit unternimmt, wenigstens die schärffsten Erscheinungen der geschilderten Notlage zu mildern und abzuschwächen.

In der letzten Zeit hatte ich wiederholt Gelegenheit, mich vor der Öffentlichkeit über den oben angedeuteten Sorgenkomplex auszusprechen, und ich darf daher die Kenntnis meiner Auffassung über die einzuschlagenden Regierungs- und Wirtschaftsmethoden bei Ihnen voraussehen. Insbesondere hatten der Herr Bundesminister für Finanzen und ich Gelegenheit, nach unserer Rückkehr aus Genf in der Sitzung des Hauptausschusses am 22. Jänner uns mit aller Deutlichkeit über die schwelenden finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen vor dem parlamentarischen Forum zu äußern.

An dem damals mitgeteilten Stande der Dinge hat sich auch heute nichts Entscheidendes geändert, und ich darf daher — um die Geduld des hohen Hauses nicht zu sehr in Anspruch zu nehmen — mich darauf beschränken, in diesem Zusammenhange die Richtlinien, die auch das gegenwärtige Kabinett zu verfolgen wünscht, in aller Kürze aufzuzeigen.

Die Erhaltung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte wird uns oberstes Gebot sein und darf in keinem wie immer gearteten Falle zugunsten irgend eines noch so begründeten Wunsches aufgegeben oder auch nur gelockert werden, und wir haben auch dem Finanzkomitee in Genf diesen unseren Entschluß nachdrücklichst erklärt. Wir müssen darauf gesetzt sein, daß der Schrumpfungsprozeß in der Wirtschaft vereinzelt Mindereinnahmen im Budget pro 1932 ergeben kann, und es wird für das Finanzministerium dann die gewiß nicht leichte Aufgabe eintreten, gewissenhaft auf der Ausgabenseite unverzüglich die ausgleichende Korrektur zu vollziehen.

Die zu erwartenden günstigen Ergebnisse der Verwaltungsreform, welche die Bundesregierung mit aller Kraft fortzuführen und durchzuführen gesonnen ist, werden uns diese Absicht erleichtern. Wir müssen jedoch damit rechnen, daß sich die Auswirkung dieser Reformen auf einen längeren Zeitraum erstrecken wird. Immerhin ist damit der Weg gewiesen, auf dem der Aufwand des Verwaltungsapparates im Staatshaushalt beharrlich herabgedrückt werden kann. Die Phase der Einschränkungen, des Abbaues und der Kürzungen, so schmerzlich sie sich äußern mögen, und die auch sämtliche Gebietskörperchaften und öffentliche Anstalten — nicht zu vergessen die Österreichischen Bundesbahnen — mitmachen müssen, ist eine vorübergehende Sanierungsmaßnahme, die ja der Schaffung konsolidierter Verhältnisse dienen soll und die daher vor allem unter diesem Gesichtspunkte beurteilt werden muß.

Eine Verbesserung des Budgets werden wir auch erzielen, wenn sich die politischen Parteien bei Be-tätigung ihrer Werbearbeit ein vernünftiges Maß auferlegen, da die Bereitstellung des staatlichen Machtapparates zur Vermeidung von Ausschreitungen namhafte Kosten verursacht hat. Ich möchte anknüpfend daran feststellen, daß die Bundesregierung entschlossen ist, nicht allein aus finanziellen Gründen, sondern vom Standpunkt der Erhaltung des inneren Friedens allen derartigen Aktionen entschieden entgegenzutreten und kein Mittel unversucht zu lassen, das zur Erhaltung des kostbaren Gutes des inneren Friedens dienen kann. Es muß sich endlich die Erkenntnis durchringen, daß ein Kulturvolk seine politischen Ansprüche nur mit geistigen Waffen erkämpfen darf.

Die Regierung verurteilt auch die Vorfälle an den Hochschulen und die dabei vorgekommenen bedauerlichen Ausschreitungen, die das Ansehen und die Würde der österreichischen Hochschulen schwer zu schädigen geeignet sind; sie gewärtigt, daß die Schul-digen ermittelt und strengster Bestrafung zugeführt werden, und wird darauf dringen, daß sich derartige Vorkommnisse nicht wiederholen und daß jedem Hörer ungeführtes Studium gewährleistet werde.

Eine wirkliche Balance im Staatshaushalt läßt sich nur bei einer Stabilisierung der Wirtschafts-verhältnisse eines Staates erzielen und auf die Dauer erhalten. Die allgemeine Situation der österreichischen Wirtschaft, die sich ja innerhalb des mitteleuropäischen Wirtschaftskreises abspielt, ist zu bekannt, als daß ich darüber erst viele Worte verlieren müßte. Leider treten bei Österreich zu den typischen Erscheinungen der Weltwirtschaftskrise noch gewisse verschärfende Momente hinzu, welche die Notlage zu einer kritischen gestalten.

In diese Kategorie muß ich die Angelegenheit der Credit-Anstalt, damit enge verbunden, jene der Nationalbank und die Frage unserer Handels- und Zahlungsbilanz einreihen.

Die Credit-Anstalts-Gesetze haben die Voraussetzung geschaffen, auf Grund welcher zunächst eine Abgrenzung des drohenden Unheils und die Unterlage zu einer allmählichen Sanierung — in welcher Form immer — geschaffen wurde. Die Vertreter der Auslandgläubiger, die es übernahmen, einen Generaldirektor der Regierung vorzuschlagen, haben leider in den vergangenen zwei Monaten diese Aufgabe nicht erfüllen können; wir erwarten aber nach den Nachrichten der letzten Tage die Lösung dieser Frage in aller Kürze. Die Bestellung des Exekutivkomitees und des besonderen Ausschusses ist so weit vorbereitet, daß hier keine Verzögerung eintreten wird. Anschließend an diese formelle Ordnung wird die materielle Regelung dieser bedeutsamen Sache erfolgen. Die Regierung steht auf dem Standpunkte, daß zur Vereinigung der Sache der Credit-Anstalt alle beteiligten Faktoren Opfer zu bringen haben: die Aktionäre, die den Wert ihrer Aktien verloren haben, der Bund, der tragen wird, was er tragen kann, und die Auslandgläubiger, die an Zins und Kapital entsprechende Nachlässe werden gewähren, da die volle Last für Österreichs Wirtschaft einfach untragbar wäre. Die neue Leitung wird sich einvernehmlich mit der Regierung unverzüglich mit den Auslandgläubigern in Verbindung setzen, die hiezu Delegierte nach Wien entsenden werden.

Die Notenbank wird mit voller Unterstützung des Staates alles daransezten, um die Währung zu erhalten und zu festigen. Dass diese Bemühungen Erfolg hatten, zeigt die Vermehrung der Spareinlagen, der Rückgang des Banknotenumlaufes und die Verringerung des Wechselportefeuilles, Zeichen wiederkehrenden Vertrauens, das in Wahrheit die festeste Grundlage jeder Währung ist. Vom Staate aus droht ihr keine Gefahr; nie wird die Regierung für ihre Zwecke die Notenpresse in Tätigkeit setzen. Zur Sicherung ihres Devisenreiches wurde die Bewirtschaftung der Devisen eingeführt und mehrere Male verschärft. Wir wollen, daß auf diesem Wege die Mittel zur Bezahlung der für die Wirtschaft nötigen Importe und zur Verzinsung unserer Auslandschulden bereitgestellt werden. Die Regierung bedauert es, daß von vielen Stellen des Auslandes — aber auch des Inlandes — immer wieder Nachrichten über ein Moratorium verbreitet werden, die den Absichten der Regierung zuwiderlaufen und nur geeignet sind, den Kredit Österreichs zu schädigen. Dass im Anschluss an die Genfer Beratungen vom Jänner dieses Jahres ein Stillhalteabkommen für kurzfristige Auslandschulden in die Wege geleitet wird, kann wohl als Aktivum Genf betreffend bezeichnet werden. Die Regierung hofft, wenn die Devisenbewirtschaftung in ihrer heutigen strengen Form ihren Zweck für die Notenbank erfüllt haben wird, in absehbarer Zeit in der Lage zu sein, hier Erleichterungen im Interesse unseres Exportes eintreten lassen zu können.

Es ist Ihnen nicht unbekannt, daß wir auch eine innere Anleihe ins Auge fassen.

So sehr diese Anleihe — ohne jeden Zwangcharakter — und die Begebung einer Anleihe im Ausland geeignet sein werden, eine Neubelebung unseres ausgebluteten Wirtschaftskörpers herbeizuführen und gleichermassen den Interessen unserer produzierenden und erwerbenden Kreise zu dienen, so können wir uns angefichts der gemachten Erfahrung eine dauernde Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse nur von einer Vergroßerung unseres Absatzgebietes erwarten. Diese Sorge, die schon unsere Vertreter in Saint-Germain bedrückt hat und die man uns damals auszureden versuchte, kehrt immer wieder zurück. Das Handelspassivum bewegt sich immer in einer erschreckend großen Höhe und wird um so bedenklicher, als die sonstigen Auslandbezüge immer spärlicher eindrücken. Die gegenwärtig in Kraft stehenden handelspolitischen Abmachungen sind zum Teil unzulänglich, zum Teil wurden sie in den Vertragsstaaten durch autonome Devisenbewirtschaftungssysteme der Wirkung nach außer Kraft gesetzt. Der Schutz unserer Währung und unserer Landwirtschaft zwangen uns in der Folge analoge Maßnahmen auf. So stehen wir ungeachtet allen Entgegenkommens bei den primitivsten Formen des wirtschaftlichen Auslandverkehrs. Ich muß zugeben, daß man in Genf auch volles Verständnis für unsere bezüglichen Darlegungen hatte, und ich rechne damit, daß die Großmächte es an Interventionen bei den Nachbarstaaten zu unseren Gunsten nicht fehlen lassen werden. Allein die Sachlage nötigt uns, nach jeder Richtung hin gerüstet zu sein, und diesem Zwecke soll auch das handelspolitische Ermächtigungsgesetz dienen, das die Bundesregierung dem hohen Hause vorgelegt hat.

Mit einer Novelle zur Gewerbeordnung, die als Regierungsvorlage dem Nationalrat zugeht, beabsichtigt die Regierung den seit längerer Zeit von den gewerblichen Kreisen geäußerten Wünschen Rechnung zu tragen und zugleich gewisse Unstimmigkeiten, die sich zwischen der Landwirtschaft und dem Gewerbe über die Auslegung der Gewerbeordnung ergeben haben, zu vereinigen.

Für unsere Landwirtschaft, deren Auswärtsbewegung in den letzten Jahren allseits rückhaltlos Anerkennung gefunden hat, ist heute die beste Förderung die Sicherung von Preisen und Absatz ihrer Produkte. Das Bestreben der Regierung bewegte sich daher auch in dieser Richtung und wird auch weiterhin unter Bedachtnahme auf die Interessen der Gesamtwirtschaft auf dieser Linie bleiben.

Insbesondere wird sich die Regierung bemühen, auf jene Staaten, die auf den Export nach Österreich angewiesen sind, weitgehend dahin Einfluss zu nehmen, daß sie aus Österreich Holz, Zuchtwieh und Industriearikel beziehen.

Die Regierung legt Wert darauf, daß die im hohen Hause bereits eingebrachten und die noch in Vorbereitung stehenden Gesetzentwürfe auf dem Gebiete der Bodenreform (Grundsatzgesetz über Flurverfassung, Grundsatzgesetz über Servituten, Grundsatzgesetz über Güterwege und Seilbahnen und Verfassungsgesetz über die Zuständigkeit der Agrarbehörden) der raschen Behandlung unterzogen werden. Die Regierung wird auch in nächster Zeit einen bereits fertiggestellten Entwurf eines Wasserrechtsgesetzes sowie einen Gesetzentwurf über das Viehpandrecht zur Erleichterung der Kreditnahme zum Zwecke der Einstellung von Mastvieh dem hohen Haus vorlegen.

Man wird der Bundesregierung zugestehen müssen, daß es ihr unendlich schwer fallen wird, angesichts der ihr zur Verfügung stehenden beschränkten Mittel, die ihr das Gebot größter Sparsamkeit aufzwingen, dort mit ihrer Hilfe einzuspringen, wo sie selbst von der Notwendigkeit weitgehender Unterstützung überzeugt ist.

Überaus schwierig gestalten sich leider die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt, wie nachstehende Ziffern beweisen:

Im Durchschnitte des Jahres 1931 waren:

a) Empfänger der Arbeitslosenunterstützung	162.139
b) Empfänger der Notstandsaushilfe	90.791
c) Arbeitslose ohne Unterstützung	47.188
d) Altersfürsorgerentner	59.732
	359.850

Für Ende Jänner 1932 ergab sich ein beträchtlich ungünstigeres Resultat, und zwar:

a) Empfänger der Arbeitslosenunterstützung	250.000
b) Empfänger der Notstandsaushilfe	112.000
c) Arbeitslose ohne Unterstützung	66.000
d) Altersfürsorgerentner	65.000
	493.000

Der Gesamtaufwand im Jahre 1931 betrug 277,400.000 S.

Die angeführten Ziffern zeigen, daß der österreichische Staat auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge bis an die äußerste Grenze der finanziellen Leistungsfähigkeit gegangen ist.

Zur Erleichterung der Budgetierung beabsichtigt die Regierung, eine Vorlage einzubringen, durch die ein selbständiger Träger für die Arbeitslosenversicherung geschaffen werden soll.

Ich möchte bei diesem Anlaß nicht verabsäumen, die erfreuliche Tatsache dankbar festzustellen, daß weite Kreise unserer Bevölkerung sich in den Dienst der Wohltätigkeit zugunsten der schuldlosen Opfer der wirtschaftlichen Krise gestellt und im Rahmen der „Winterhilfe“ freiwillig und opferbereit umgezählt

karitative Werke vollbringen, die vom hohen sozialen Sinn unserer Bevölkerung Zeugnis geben.

Die früher erörterten schwerwiegenden Probleme auf wirtschaftlichem und finanzpolitischem Gebiete greifen naturgemäß auch in das Gebiet der Außenpolitik über und müssen diese vielfach zwangsläufig bestimmen. Anderseits bringen es die unübersehbar verflochtenen Wechselwirkungen im Wirtschaftsleben der Völker mit sich, daß heute auch die Außenpolitik eines Staates mehr als je zuvor den sich in fieberhafter Überfüllung entwickelnden Ereignissen in der Welt in weitgehendem Maße Rechnung tragen muß.

Die Regierung ist fest entschlossen, die Außenpolitik der Republik Österreich, deren Elemente durch die natürlichen Verhältnisse in geographischer, ethnischer und kultureller Hinsicht eindeutig gegeben sind, in dem glücklicherweise traditionell gewordenen Sinne der Pflege freundlicher Beziehungen zu allen Staaten, Nachbarn wie räumlich getrennten, und hiebei in erster Linie selbstverständlich zum stammverwandten Deutschen Reich, zu dem wir in brüderlicher Freundschaft stehen, fortzuführen und an den zwischenstaatlichen Bestrebungen, die auf die Befriedung der Welt und die Gestaltung einer glücklicheren Zukunft der Menschheit abzielen, im Maße ihrer Kräfte wirksamen Anteil zu nehmen.

Sämtliche Regierungen der österreichischen Republik haben stets erklärt, daß sie bereit sind, die Handelsbeziehungen zu allen Staaten, mit denen wir in wirtschaftlichem Verkehr stehen, auszubauen und zu vertiefen. Verschiedene Versuche sind seit dem Bestehen des neuen Österreich unternommen worden und an politischen Schwierigkeiten gescheitert. Auch das konnten wir noch ertragen, solange sich unser Außenhandel, wenn auch langsam, doch allmählich entwickelte. Jetzt hat er einen schweren Rückschlag erlitten, durch den die Arbeitslosigkeit ins Unerträgliche gesteigert worden ist. Die Regierung betrachtet es deshalb als ihre wichtigste Aufgabe, unsere Ausfuhr, die doch noch immer mehr als 100 Millionen monatlich beträgt, zu erhalten und wieder zu erweitern. Die Regierung wird dabei an dem unverrückbaren Grundsatz der Wahrung der vollkommenen politischen Unabhängigkeit Österreichs festhalten und keine politischen Bindungen übernehmen, sondern auf realer geschäftlicher Grundlage mit jedem Staat verhandeln, der ein sieht, daß man nur exportieren kann, wenn man auch importiert. Wir sind bereit, vom Ausland so viel zu kaufen, als es von uns kauft, und je größer der Umfang des gegenseitigen Handels wird, desto lieber soll es uns sein, weil es für beide Teile vorteilhaft ist. Wir sind jedoch nicht in der Lage, einseitige Geschäfte zu machen, bei denen wir nur kaufen sollen, ohne zugleich verkaufen zu können. Wir wollen als ehrliche Leute sagen, daß wir nur das

kaufen wollen, was wir auch zu bezahlen in der Lage sind.

Hohes Haus! Die Bundesregierung ist sich dessen bewußt, daß sie am Beginn einer an Arbeit und Verantwortung reichen Funktionsperiode steht, deren Inhalt vielfach von Ereignissen bestimmt werden kann, auf welche sie selbst bei bestem Willen keine entscheidende Einwirkung zu nehmen in der Lage sein könnte. Ich vermag nicht Erfolge zu versprechen oder zu prophezeien.

Es ist mir nicht gelungen, bei der Bildung dieser Regierung die Mehrheit des Hauses schon in den Mitgliedern derselben zu verkörpern. Gleichwohl habe ich den Auftrag des Herrn Bundespräsidenten, eine Regierung zu bilden, erfüllt, geleitet von der Überzeugung, daß wir in dieser ernsten Stunde unserer Pflicht gegenüber unserem Volke Folge leisten müssen. Nicht allein wirtschaftliche Gefahren bedrängen die Republik; die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern ist eine unabwischliche Notwendigkeit. Sie sind gesichert und gewährleistet, da das Bundesheer, Polizei und Gendarmerie, die gesamte Executive des Staates, fest hinter der Regierung steht, die sich auf die unbedingte Verlässlichkeit dieser pflichtgetreuen Organe stützen kann und die daher jeder Gefahr, die der inneren Ruhe droht, von welcher Seite immer sie kommen und welche Gestalt sie immer annehmen mag, in der ihr durch Gesetz und Pflicht vorgezeichneten Weise entgegentreten wird.

Hiermit betritt die Bundesregierung den von mir soeben gezeichneten Weg; er ist beschwerlich und steinig, aber nach unserer Überzeugung zum Ziele führend; von der Staatstreue dieses Hauses erwartet die Regierung, daß ihr bei der Lösung der bevorstehenden großen und schwierigen Aufgaben die Unterstützung nicht versagt bleiben wird, in der Erkenntnis, daß Differenzen, wenngleich erheblicher Natur, im Interesse des Volkswohles zurückgestellt werden müssen. Wir wollen allen Ständen dienen, niemanden bevorzugen, niemanden hintansezehn! Unsere Devise soll sein: Salus rei publicae suprema lex! (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Über Antrag Sever wird beschlossen, über die Regierungserklärung die Debatte zu eröffnen.

Dr. Danneberg: Hohes Haus! Der Herr Bundeskanzler hat in der Rede, die wir eben vernommen haben, gesagt, er wolle die Gründe nicht anführen, die zur Demission der Regierung geführt haben, und er wolle keine Kritik an diesen Gründen üben. Ich muß sagen, daß diese Redewendung, mit der der Herr Bundeskanzler seine Rede hier eingeleitet hat, sonderbar wirkt. Der Sinn dieser Sätze ist einigermaßen dunkel, und der Herr Bundeskanzler hätte uns wohl etwas deutlicher sagen müssen, was

er meint, damit nicht nur Gingeweihte, sondern auch wir Fremden und Fernstehenden verstehen, was er meint; denn die Frage, warum eine Regierung demissioniert und warum der Bundeskanzler, der demissioniert hat, mit einer neuen Regierung hier wieder erscheint, ist doch keine Privatangelegenheit des Herrn Bundeskanzlers und auch nicht irgend eine Parteiangelegenheit seiner eigenen Fraktion, sondern das ist eine Angelegenheit der ganzen Öffentlichkeit, eine Frage, auf die alle in diesem Lande eine Antwort erwarten dürfen, da die Demission einer Regierung in einem so kritischen Augenblick wie dem jetzigen doch keine gleichgültige Sache ist, keine Sache, von der man annehmen sollte, daß sie frivol und leichtfertig in Szene gesetzt wird.

Der Herr Bundeskanzler ist uns aber doch die Antwort auf die Frage, die er selber aufgeworfen und selber hier angedeutet hat, schuldig geblieben, und so müssen wir denn selber versuchen, den Sinn der politischen Vorgänge, deren Zeugen wir in den letzten Tagen gewesen sind, zu deuten. Wenn wir es jetzt mit einer neuen Regierung, mit der Regierung Buresch II, zu tun haben, so müssen wir uns fragen, was der Sinn der vorigen Regierung gewesen ist und was der Sinn der heutigen Regierung sein kann, den uns der Herr Bundeskanzler selber in seiner Rede jetzt leider nicht gedeutet hat.

Es ist die vierte Regierung, die wir seit knapp 16 Monaten in Österreich erleben. Daß die Regierungen in unserem Lande so rasch wechseln, das muß doch seine besonderen Gründe haben. Erinnern wir uns, wie es vor nicht einmal eineinhalb Jahren, vor 16 Monaten, gewesen ist. Damals kam eine Minderheitsregierung ans Ruder. Die Regierung der Herren Baugoin, Seipel und Starhemberg hat das Parlament aufgelöst und versucht, in den Wahlen für ihre Minderheitsregierung eine Mehrheit zu finden. Das Volk hat damals am 9. November 1930 eine gebührende Antwort gegeben, diese Regierung ist gründlich in der Minderheit geblieben. Die Herren, die ihr angehört haben, schreien zwar seither ununterbrochen nach einer starken Hand, die Österreich regieren soll, womit sie offenbar ihre eigene meinen, das Volk hat aber diese Hand damals nicht für stark und die Träger dieser Hand nicht für weise gehalten und hat sie am 9. November 1930 weggejagt. (Zustimmung links.)

Die alte Regierungskoalition ist dann wieder erstanden, eine Regierung der zwei Mittelparteien und der Christlichsozialen, eine schwache Regierung des Herrn Ender, die im Hause nur über ein paar Stimmen über die Mehrheit verfügte und im Volke, woran ich ausdrücklich erinnern möchte, gar keine Mehrheit gehabt hat (Zustimmung links); denn den Parteien, die die Regierung Ender gebildet haben, haben hunderttausend Stimmen auf die Hälfte der am 9. November abgegebenen Stimmen gesehlt. Es

war eine schwache Regierung, und nach einem halben Jahre etwa ist sie gescheitert.

Dann kam Herr Dr. Buresch als Bundeskanzler. Er hat uns am 23. Juni des vergangenen Jahres hier eine Rede gehalten, in der er gesagt hat, daß sofortige Maßnahmen auf allen Gebieten nötig seien. Heute hat er uns aber mitgeteilt, er sei sich schon im Juni bewußt gewesen, daß die Probleme in Österreich nicht so rasch gelöst werden können. Wenn er damit sagen wollte, daß seine Regierung eine Regierung des Fortwurzelns gewesen sei, dann hat er mit einer Umschreibung ja das Richtige getroffen. (Beifall links.) Denn, hohes Haus, diese gute altpreußische Tradition hat der Herr Bundeskanzler Dr. Buresch Nummer I wirklich vertreten. Eine Regierung des Fortwurzelns ist seine Regierung gewesen, eine Regierung, die viele Fehler und viele Versäumnisse auf ihrem Gewissen hat. Und wenn man mit dieser Regierung unzufrieden sein wollte — dazu wäre reichlich Gelegenheit gewesen, und ich kann es mir nicht versagen, heute wenigstens an einige Gründe für eine starke Unzufriedenheit mit dieser verflossenen Regierung Buresch zu erinnern.

Der Herr Bundeskanzler hat heute wieder ziemlich ausführlich von der Credit-Anstalt gesprochen. Das war das Problem, an dem die Regierung Ender gescheitert ist, aber die Regierung Buresch I, die uns am 23. Juni die rasche Lösung der Fragen versprochen hat, hat alle diese Fragen ungelöst gelassen. Es sind seit jenem 23. Juni bald acht Monate vergangen, bald neun Monate, seitdem die Krise der Credit-Anstalt eingetreten ist. Und alle Fragen sind ungelöst. Ich frage den Herrn Bundeskanzler: Wo ist die Untersuchung der Schulden geblieben (lebhafter Beifall links), die er am 23. Juni mit klaren und eindeutigen Worten hier dem hohen Hause versprochen hat? Ich frage ihn, wo ist die neue Leitung der Credit-Anstalt, die er uns damals versprochen hat, als eine Unerlässlichkeit, die bald erfüllt werden muß? In der ganzen Frage der Credit-Anstalt ist nichts anderes geschehen, als daß der Staat riesenhafte Verpflichtungen auf sich genommen hat, die zu ungeheuren Lasten werden können; aber sonst ist zur Lösung dieser Frage gar nichts geschehen. Da hat man knapp vor Weihnachten das Parlament in Galopp versetzt und Postarbeit verlangt. Sogar am Sonntag am Abend mußten hier Sitzungen gehalten werden. So dringlich hat der Herr Bundeskanzler damals die Credit-Anstaltsgesetze dargestellt. Das Parlament hat gearbeitet, hat alle Gesetze rasch erledigt, und nun liegen sie in der Schublade des Herrn Bundeskanzlers, und nichts, was durch diese Gesetze gemacht werden sollte, ist geschehen. Ich sage das gar nicht einmal von meinem Standpunkte. Durch diese Gesetze sollten zum Teil Dinge möglich gemacht werden, die wir gar nicht billigten, die wir bekämpft haben. Ich rede

vom Standpunkt der Regierung selber, die auf diese Gesetze damals gedrängt und erklärt hat: sofort und unmittelbar muß das Parlament das alles beschließen. Und nun liegen diese Gesetze über einen Monat in der Schublade. Nichts ist mit ihnen und nichts ist auf Grund dieser Gesetze geschehen. Die einzige Tat, von der wir in der Frage der Credit-Anstalt etwas vernommen haben, war etwas Positives und etwas Negatives. Das Negative war die Meldung aus Portugal, die gestern in Wien eingelangt ist, daß der Herr Ehrenfest der österreichischen Regierung eine lange Nase zeigte. Er ist schließlich viermal in Wien gewesen — mehr kann man von einem Delinquenten nicht verlangen —, viermal hätte ihn die Polizei hier ergreifen können, aber sie hat ihn jedesmal abreisen lassen. Nun, wenn man einen viermal abreisen läßt und ihm dann einen Steckbrief nachschickt — offenbar haben die P. T. Behörden in Lissabon an den Ernst dieser Verfolgung nicht geglaubt. Das ist das Negative, das wir von der Credit-Anstalt gehört haben. Und das Positive ist, daß der Herr Kunischak sein antisemitisches Herz wieder entdeckt hat und daß man in der Credit-Anstalt so einen kleinen Pogrom auf Credit-Anstaltsangestellte unternommen hat (Zwischenrufe rechts) — warten Sie nur ein bißchen! — mit der Begründung, daß die Juden ein ungeheures Unglück verschuldet haben, das die Arier büßen müssen, und daß die Arier jetzt dafür Revanche nehmen.

Hohes Haus! Das ist echter Talmiantisemitismus, den wir ja an der christlichsozialen Partei gewöhnt sind. Wenn in der Credit-Anstalt die Juden ein Unglück angerichtet haben, dann, meine sehr geehrten Herren, verfolgen Sie nur gefälligst diese Juden. (Lebhafter Beifall links.) Aber Sie, meine Herren Patentantisemiten, wie Sie sind, haben den Herrn Ehrenfest entwischen lassen, Sie haben den Herrn Sieghardt nicht eingesperrt und nicht verfolgt — ich weiß nicht, ob da Anschauungen über den Antisemitismus eine Rolle spielen, die vom Rassenstandpunkt abweichen. (Heiterkeit links.) Sie haben den Herrn Rothschild nicht verfolgt, Sie haben den Herrn Neurath nicht verfolgt, Sie verfolgen gar keinen dieser schuldigen Juden, die den Wahlfonds der bürgerlichen Parteien aufgepäppelt haben (Beifall links), sondern Sie verfolgen diese armeligen Beamten der Credit-Anstalt und täuschen der Bevölkerung da einen Antisemitismus vor, der sich an unschuldigen Opfern dieser Krise austobt, weil man mit den Schulden gut Freund ist und sich nicht traut, nach dem Rechten bei ihnen zu sehen. (Lebhafter Beifall links.) Und wenn, hohes Haus, der christlichsoziale Personaldirektor der Credit-Anstalt die Rede des Herrn Kunischak dort hat aushängen lassen (Hört! Hört!), in den Räumen der Credit-Anstalt, damit jeder diese patentantisemitische Rede dort lesen kann, so hat der Direktor nicht bedacht,

dass er die eigene Schande seiner Partei dort ausgehängt hat (*lebhafter Beifall links*), das Bekennnis: die reichen Juden sind meine politischen Geldgeber und Freunde, und an den armen Juden lasse ich jetzt meinen Zorn aus, um den Leuten etwas vorzufallen.

Das war das zweite, was in der Frage der Credit-Anstalt geschehen ist. In den wirklichen Fragen der Credit-Anstalt ist also gar nichts geschehen. Dass man da mit der verlorenen Regierung unzufrieden sein muss, braucht wahrhaftig keines weiteren Beweises.

Ich kann noch von vielen anderen Dingen reden. Der Herr Bundeskanzler hat eben jetzt die schrecklichen Zahlen genannt, die uns das Elend der Arbeitslosen darstellen. Ich frage ihn: Was hat die Regierung zur Bekämpfung dieser Arbeitslosigkeit getan? Unser Wirtschaftsprogramm, das wir vorelegten, haben Sie nicht beachtet, Sie haben unsere Anträge abgelehnt, und selber haben Sie kein Wirtschaftsprogramm! (*Lebhafter Beifall links*.) Das, was Sie noch tun, sind gefährliche Halbwahrheiten, wie wir ja einige in den letzten Wochen hier in diesem Hause erlebt haben, aber Sie röhren an kein ernstes Problem. Das Doppelverdiengesetz hat die Regierung endlich im Parlament eingebracht, aber sie hat es hingelegt wie ein Kuckucksei, um das sich niemand mehr kümmern will. Sie weichen der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit aus, Sie schaffen nirgends Arbeit, auch dort nicht, wo Sie könnten — ich erinnere an die Verhandlungen über den russischen Handelsvertrag, die sabotiert werden (*Zustimmung links*) —, Sie erlauben ja nicht einmal anderen Faktoren, im Inland Arbeit zu schaffen. Denken wir an das schmähliche Verhalten der Regierung in der Frage der Wohnbausteuer in Wien (*lebhafter Beifall links*), und wir haben eine Antwort darauf, wie es die Regierung mit dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hält.

Was die Regierung gemacht hat, das war eine problematische Devisenpolitik. Viermal ist die Devisenverordnung in ein paar Wochen geändert worden. Meine Herren! Es wird niemand behaupten können, dass da glückliche Lösungen gefunden worden sind. Das Ziel, das mit diesen Devisenverordnungen erreicht werden sollte, ist nicht erreicht worden, aber der Handel, ohne den wir nicht leben können, ist dabei immer mehr und mehr gedrosselt worden. Der Herr Bundeskanzler muss heute selber sagen, dass man neue Wege gehen muss. Er hat nicht hinzugefügt: weil die Politik fehlgeschlagen ist, die die Regierung in den letzten Monaten gemacht hat.

Drückende Opfer hat man der Bevölkerung im Inlande auferlegt, um den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen und die Kreditfähigkeit Österreichs außer Zweifel zu stellen. Der Herr Bundeskanzler ist einmal vor ein paar Monaten

mit Versprechungen heimgekehrt. Er hat bisher nur die Versprechungen und nichts weiter. Und jetzt sucht man einen Sündenbock dafür, dass auch diese Politik bisher fehlgegangen ist.

Und wenn wir von den wirtschaftlichen Fragen einen Augenblick zu den politischen übergehen, so haben wir ja während der Zeit der ersten Regierung Buresch den 13. September erlebt, wir haben am Abend jenes 13. September das Manifest erlebt, in welchem die Regierung feierlich versprochen hat, die Republik gegen alle Verbrechen des Hochverrates zu schützen. Was haben wir seither erlebt? Ich rede gar nicht von den Angeklagten des Grazer Prozesses und ihrem Freispruch, sondern ich rede von dem, was die Regierung in ihrem eigenen Wirkungskreis hätte tun müssen, um nach dem Rechten zu sehen. Der Herr Bundeskanzler könnte uns keine Antwort auf die Frage geben, was mit den pflichtvergessenen Beamten geschehen ist (*lebhafter Beifall links*), deren Treiben man am 13. September beobachtet hat. Denn das ist der interessanteste Teil des Grazer Prozesses gewesen. Nichts ist mit ihnen geschehen, die Leute, die damals Hochverrat getrieben haben, dürfen weiter im Namen der Republik antreten. Das hat die Regierung auf dem Gewissen. Diese Zerstörung des Rechtsempfindens der Bevölkerung hat die Regierung auf dem Gewissen. (*Lebhafter Beifall links*.)

Der Herr Bundeskanzler hat heute gesagt, er verurteile die Vorgänge an der Universität. Er hat davon gesprochen, dass jedem Menschen garantiert werden müsse, dass sein Studium dort ungehört möglich sei. Aber hat die Regierung nicht gerade in der heutigen Sitzung das Bundesgesetz über eine Studentenschaftsordnung dem Hause vorgelegt, das der Inhalt dieses Krakeels ist und das in Wahrheit ein Stück Unkultur darstellt, das sich die Regierung da zu eigen macht?

Wo immer wir hinblicken, auf wirtschaftlichem, auf politischem, auf kulturellem Gebiet, die Regierung des Herrn Dr. Buresch hat Fehler, sie hat Verkümmisse und schwere Sünden auf allen diesen Gebieten begangen, und ich sage noch einmal: Wenn sie deshalb gestürzt worden wäre, das könnte einen nicht wundernehmen, das hätte sie verdient.

Aber, hohes Haus, wir wissen doch alle, die Regierung ist ja gar nicht ob dieser Fehler und dieser Verkümmisse gestürzt worden, davon war ja nicht im mindesten die Rede, sondern die Regierung ist offenbar ein Opfer des Intrigenspiels in ihrer eigenen Partei geworden. (*Lebhafte Zustimmung links*.) Die internen Vorgänge der christlichsozialen Partei mögen als eine Privatangelegenheit der Herren erklärt werden, aber sie hören auf, eine Privatangelegenheit zu sein, wenn sie Rückwirkungen auf die Allgemeinheit und auf den ganzen Staat haben. Wir kennen das schöne Wort „Staatspolitik“

geht vor Parteipolitik". Man könnte es fortsetzen „Parteipolitik geht vor Cliquenpolitik". Über die Wahrheit gegenüber diesem schönen Sprüchlein ist doch die: Cliquenpolitik geht allem voran. (*Lebhafter Beifall links.*) Und ein Opfer dieser Cliquenpolitik ist offenbar die Regierung des Herrn Buresch geworden. Und dieses Spiel, das in einer für den Staat so ernsten Seiten getrieben wird, wird jetzt noch schamlos in einer Art und Weise gerechtfertigt, die eine besondere Schande für Österreich ist. Es ist ja in den letzten Tagen von verantwortlichen Herren der christlichsozialen Partei ganz offen erklärt worden, der Herr Dr. Schober müßte aus der Regierung ausgebootet werden, weil verschiedene Herren in Paris, am Quai d'Orsay, das gewünscht haben. Die, die so reden, ahnen offenbar gar nicht, daß sie, wenn das wirklich so ist, Österreich in eine Rolle gedrängt haben, wie sie etwa Montenegro (*lebhafter Beifall links*) vor 20 Jahren in der europäischen Politik gespielt hat. Gewiß, jeder wird dafür sein, daß Österreich Verständigungs politik nach allen Seiten macht. Es bleibt ihm ja gar nichts anderes übrig. Aber wer sich ein Gefühl für die Würde der Republik bewahrt hat (*lebhafter Beifall links*), der muß Protest dagegen erheben, wenn der Gedanke laut wird, daß ein Minister des Äußeren entlassen wird, weil irgendeine fremde Regierung es verlangt hat. (*Neuerlicher Beifall links.*) Das muß mit aller Deutlichkeit heute hier gesagt werden.

Und nun steht eine neue Regierung vor uns. Man hat in der Geschwindigkeit allerhand Umstellungen in der Verwaltung vorgenommen; das gehört offenbar zu der Verwaltungsreform, die jetzt im Zuge ist. (*Heiterkeit links.*) Herr Dr. Buresch erscheint von neuem als der Bundeskanzler hier, aber die Regierung schaut anders aus. Von den drei Regierungsparteien ist eine ferngeblieben, nur zwei sind auf die Regierungsbank zurückgekehrt, und wir haben es also, wie der Herr Bundeskanzler eben selbst hervorgehoben hat, mit einer Minderheitsregierung in unserem Lande zu tun. Nun hat der Herr Bundeskanzler vor einigen Tagen den Journalisten seiner eigenen Partei, wie man in der Länderpresse lesen konnte, als den Sinn der Regierungsumbildung erklärt, es handle sich um eine Verstärkung der Regierung. Angesichts der Tatsache, daß diese neue Regierung nur mehr aus zwei von den drei Parteien besteht, die ihr schon früher angehörten, und die knappe Mehrheit sich in eine Minderheit verwandelt hat, liegt die Frage, die wichtige politische Frage nahe: worin denn die Verstärkung der Regierung besteht, die nun eingetreten ist. Herr Dr. Buresch verfügt jetzt in diesem Hause über 66 Stimmen seiner eigenen Partei und über 10 Stimmen des Landbundes, oder eigentlich sind es wohl nur neun, denn daß Herr Dr. Schober

auch zum Fundus der Regierungsparteien gehört, wird man vorläufig nicht annehmen können. (*Heiterkeit links.*) Das sind also 75 Stimmen von 165, die zu den Regierungsparteien gehören. Vorher waren es 85, also um 10 mehr. Wieso diese Veränderung um 10 eine Verstärkung der Regierung bedeutet, dieses Rätsel zu lösen, muß doch irgendwie gelingen, denn das ist eine ernste politische Frage. Es gibt Leute, die sich darüber trösten, die das Rätsel nicht lösen wollen und sagen: Na, was geschieht denn weiter? Am 15. Februar ist die Session zu Ende, wir haben dann eine Pause von zwei Monaten im Parlament! Wer braucht sich jetzt weiter über die Dinge den Kopf zu zerbrechen! Ich möchte den Herrn Bundeskanzler, falls er ebenso denken sollte, doch daran erinnern, daß auch während dieser Pause die Regierung vor das Haus gerufen werden kann. (*Zustimmung links.*) Dafür hat eine geeignete Bestimmung in der Bundesverfassung gesorgt. Und welch ein sonderbarer Gedanke ist es, das Fortwursteln, wenn es schon ein politisches Prinzip ist, jetzt gar nur mehr auf ein paar Wochen im voraus abzustellen! Das ist wahrlich nicht das, was dieses Land in seiner Notlage heute braucht.

Andere reden über den Sinn und Zweck dieser Regierung anders und sagen, Buresch I sei der Chef einer „Packerregierung“ gewesen — so habe ich es wortwörtlich in einem Parteiblatt des Herrn Bundeskanzlers gelesen —, Buresch II sei aber nicht mehr der Chef einer solchen „Packerregierung“, wie es seine erste war. Hohes Haus! Wir Sozialdemokraten sind eine Partei der Opposition. Wir haben manchmal für Gesetze gestimmt, die die Regierung vorgelegt hat, wenn auch nicht in der Form, in der sie die Regierung eingebracht hatte. Wir haben das getan, niemals einem Bundeskanzler oder einer Regierung zuliebe, sondern wir haben es getan, wenn wir es im Interesse der Republik für notwendig gehalten haben, und wir haben unsere Abstimmung immer vor dem Volke gerechtfertigt. Wir werden auch in Zukunft die Vorlagen der Regierung genau und sorgfältig überprüfen, wir werden das ganze Verhalten der Regierung überprüfen und danach unser Verhalten einrichten, ohne uns dabei von irgend jemandem Vorschriften machen zu lassen und ohne uns dabei durch irgendwelche Befehle beirren zu lassen, die uns von wem immer erteilt werden.

Ich möchte das gleich am ersten Tage sagen, an dem sich die Regierung dem Hause vorstellt; denn es ist vor ein paar Tagen in dem Zentralorgan der Regierungspartei mit besonderer Betonung gesagt worden, daß es eine Minderheitsregierung im Sinne der Verfassung eigentlich gar nicht gebe, sondern die Regierung, die der Bundespräsident ernannt habe, das sei eben die Regierung, und nun seien Staatsnotwendigkeiten zu erfüllen. Meine Herren! Das ist ein sehr formalistischer Standpunkt, den ich mit aller

Entschiedenheit zurückweisen muß. Gewiß, meine Herren, wenn wir noch die Wahl der Regierung durch das Haus hätten, dann hätte eine Minderheitsregierung kaum gewählt werden können. Der Herr Bundespräsident hat heute das Recht, die Regierung zu ernennen, und es ist unzweifelhaft sein Recht, auch eine Minderheitsregierung zu ernennen. Aber meine Herren, wie lange diese Regierung im Amt bleibt, das ist eine ganz andere Frage. (Zustimmung links.) Das hängt auch heute noch vom Parlamente ab. (Händeklatschen links.) Und dafür, hohes Haus, sorgen wieder andere Bestimmungen in der Bundesverfassung. Und wenn jemand glaubt, eine bestimmte Haltung der Opposition hier im Hause erzwingen zu können, weil es doch jetzt nur eine Pflicht gibt, nämlich Staatsnotwendigkeiten zu erfüllen, so kann ich dazu nur eines sagen: Wir Sozialdemokraten werden es selber bestimmen, was wir für Staatsnotwendigkeiten halten. (Beifall links.) Hohes Haus! Ich möchte dem noch etwas hinzufügen, und zwar gilt das, was ich jetzt sage, für diese Regierung und auch für jede Regierung, die kommen kann: Es ist manchmal die dringendste Staatsnotwendigkeit, nicht für ein Gesetz zu stimmen, das eine Regierung vorlegt, sondern die Regierung selber davonzujagen. (Beifall links.)

Heute hat uns der Herr Bundeskanzler also wieder sein Programm vorgelegt. Ich will es nicht mit dem Programm vom 23. Juni vergleichen, weil es schließlich keinen Zweck hat, die sehr allgemeinen Redensarten, die uns der Herr Bundeskanzler damals und heute vorgetragen hat, des näheren zu erörtern. Der Herr Bundeskanzler hat sehr kurz über alle Dinge geredet, die uns in Österreich heute bewegen. Eine Aufzählung dieser Dinge haben wir gerade nicht gebraucht, denn das weiß jeder auswendig. Das, was wir gerne gehört hätten, wären Vorschläge gewesen, die die Regierung für die Lösung dieser Fragen macht (Rufe links: Sehr richtig!), nicht eine Aufzählung der Fragen, die wir alle zur Genüge kennen.

Ich möchte darum nur einiges aus dem herausgreifen, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat. Er hat wieder von der Credit-Anstalt gesprochen und gesagt, nunmehr werde also in aller Kürze — so hat er es wörtlich gesagt — der Generaldirektor kommen. Meine Herren! Wir sind mit dieser Frage schon das Gespött geworden, und es wäre wirklich Zeit, daß die hohe Regierung dem ein Ende macht. Aber nach den Erfahrungen, die wir da gemacht haben, kann ich der Erklärung, die der Herr Bundeskanzler heute abgegeben hat, in diesem Punkte auch nicht viel Glauben schenken.

Der Herr Bundeskanzler hat auch ein Wort über die Arbeitslosenfrage geredet und dabei gesagt, es sei ein Gesetz in Aussicht genommen, das einen selbständigen Träger der Arbeitslosenversicherung

schaffen soll. Ich möchte den Herrn Bundeskanzler und die Regierung mit allem Nachdruck darauf aufmerksam machen: Wenn das ein Umweg sein soll, daß der Bund die Vorschuspflicht für die Arbeitslosenversicherung loskriegt und dadurch ihre Demobilisierung herbeiführt, dann wird die Regierung mit einer solchen Vorlage kein Glück haben. (Lebhafter Beifall links.) Sie möge es sich also überlegen, was sie auf diesem Gebiete tut.

Der Herr Bundeskanzler hat aber dann auch noch von einer anderen Frage geredet, über die ich einiges sagen muß. Er hat von dem inneren Frieden in der Bevölkerung gesprochen und gemeint, eines Kulturvolkes würdig sei es doch, den Kampf nur mit geistigen Waffen zu führen. Der Herr Bundeskanzler hat ganz recht, aber das, was charakteristisch an seiner Rede ist, das ist ja eben, daß er über diese schüchterne Bemerkung nicht hinausgekommen ist. (Zustimmung links.) Wir haben heute in einem sehr gut informierten Mittagblatte lesen können, daß eigentlich ganz andere Redewendungen in der Erklärung der Regierung geplant waren, daß man sich aber schließlich darüber nicht hat einigen können und daß also die geistigen Waffen als ein Rest übrigbleiben sind. (Heiterkeit links.)

Hohes Haus! Ich kann es mir erlauben, über diese Dinge viel deutlicher zu reden, weil die innere Ausrüstung, um die es sich hier handelt, ein überaus ernstes Problem für unser Land ist. Denn es ist wahr, daß ein Land, in dem die Staatsbürger bewaffnet einander gegenüberstehen, sich in einem sonderbaren Zustand befindet, den man nicht als den normalen bezeichnen kann. Aber wenn man daran denkt, daß niemand zu der Regierung das Vertrauen haben kann, daß sie den verfassungsmäßigen Schutz der Republik gegen faschistischen Hochverrat gewährleistet, dann dürfen Sie sich nicht darüber wundern, daß die Zustände so sind. Da nutzt es nichts, Entrüstung zu heucheln, damit imponieren Sie gar niemandem. Ich habe es dem Herrn Bundeskanzler Ende Oktober, als ich den Putsch vom 13. September besprochen habe, gesagt: Wer das Rechtsempfinden untergräbt, der untergräbt den Staat. Die Regierung ist es, die den Staat untergräbt, weil sie nicht die Kraft und weil sie nicht den Willen hat, faschistischem Hochverrat, der alle Tage frech sich ankündigt, ein Ende zu machen. (Lebhafter Beifall links.) Darum darf man sich nicht wundern, daß es ehrliche Republikaner gibt, die selber gerüstet sein wollen (stürmischer Beifall links) für den Fall, daß Hochverrat von den Worten wieder zur Tat schreitet und wir eine Regierung haben, die dann wieder nur Worte setzen kann und keine Taten setzen will.

Das ist der wirkliche Sachverhalt in dieser Frage, und wenn man uns sagt „Entwaffnung“ — jawohl, wir haben es selber, auch vor den Wahlen im

November des Jahres 1930, dem ganzen Volke in Österreich gesagt: Wenn eine Regierung kommt, in der alle demokratischen Kräfte dieses Landes zusammenarbeiten, und wenn sie gewillt ist, eine ehrliche innere Abrüstung durchzuführen, dann sind wir jederzeit bereit; aber eine Abrüstung als eine Komödie oder eine einseitige Abrüstung gar als ein Vorspiel für eine Diktatur, die ihren Gegner zuerst wehrlos machen will, zu einer solchen Abrüstung wird sich die Arbeiterklasse in Österreich nicht hergeben. (*Lebhafte Beifall links.*)

Das Programm des Herrn Dr. Buresch haben wir vernommen. Es ist darüber nicht viel zu sagen. Der Herr Bundeskanzler — das ist seine Art — will möglichst wenig Konkretes sagen, damit man keinen Anlaß hat, ihm konkret zu antworten. Aber, wie diese Regierung ausschaut und was sie bedeuten soll, das entnimmt man ja nicht bloß aus dem Programm, das wir heute vernommen haben, das entnimmt man auch aus der Geschichte dieser Krise, und das entnimmt man aus den Personen auf der Ministerbank. Unter den neuen Ministern, die ich vor mir hier sitzen sehe, ist auch der Herr Dr. Schuschnigg. (*Zwischenrufe.*) Er ist momentan nicht da und ich weiß nicht, ob das ein Symbol sein soll oder ob das nur ein Zufall ist. (*Heiterkeit links.*) Jedenfalls enthebt mich der Umstand, daß der Herr Minister Dr. Schuschnigg auf seinem Abgeordnetenplatz lieber sitzt als auf der Ministerbank, nicht der Pflicht, festzustellen, daß er Minister ist. Ich muß also seiner hier in diesem Zusammenhang gedenken, schon deshalb, weil ja sein Eintritt in die Regierung — nicht nach den Mitteilungen, die wir heute vom Herrn Bundeskanzler erhalten haben, aber nach den redseligeren Mitteilungen der christlichsozialen Länderpresse — einen bestimmten politischen Sinn hat. Sein eigenes Tiroler Parteiblatt hat dem Herrn Dr. Schuschnigg bescheinigt, er sei als der Vertrauensmann des Herrn Professors Seipel in das Kabinett Buresch II eingetreten. (*Zwischenrufe rechts.*) Das ist dort gestanden. Ich kann nichts dafür, ich weiß auch nicht, ob es wahr ist, aber es steht dort darin, und daher teile ich es denen mit, die es nicht gelesen haben; es gibt ja solche, die den „Tiroler Anzeiger“ nicht lesen. (*Heiterkeit links.*) Dort stand also auch, man habe den Herrn Dr. Schuschnigg in die Regierung berufen, damit er zu der Frage „Ottakring“ eine andere Stellung einnehme als die Regierung bisher. (*Sehr richtig! auf der äußersten Rechten.*) Und dann lesen wir in einem anderen christlichsozialen Blatt einen anderen Grund für den Eintritt des Herrn Dr. Schuschnigg in die Regierung: er sei nämlich berufen worden, eine einseitige Entwaffnungskktion des Heimatschutzverbandes zu verhindern. Der Gründe also, warum der Herr Dr. Schuschnigg in die Regierung eingetreten ist, gibt es offenbar

mehrere, und sie werden uns von der Presse seiner Partei eindringlich vor Augen geführt. Und da er überdies auch Doctor juris ist, wurde er in der neuen Regierung Justizminister. (*Heiterkeit links.*) Der Herr Dr. Schuschnigg hat, hohes Haus, einen sehr großen Vortzug, nämlich den, daß er mit seiner Meinung nicht hinter dem Bergen hält. Dafür muß man ihm dankbar sein. Und was sein politisches Programm ist — wenn ich mich nicht an die christlichsozialen Zeitungen, sondern an ihn selbst halten soll —, das haben wir ja vor gar nicht langer Zeit, am 28. November des vergangenen Jahres, aus einer Rede, die der Herr Minister Dr. Schuschnigg auf dem Tiroler christlichsozialen Parteitag gehalten hat, vernommen. Er hat dort über die Regierung Buresch I erklärt, man könne und man solle sie nicht stürzen; er sagte dort, sie sei eine Kompromißregierung, das ist ja wahr, aber solange es in der christlichsozialen Partei keine Mehrheit gebe, die mit den Sozialdemokraten eine Koalition schließen wolle, solange solle man die Regierung Buresch nicht stürzen. Dann hat sich der Herr Minister Dr. Schuschnigg ganz offen dazu bekannt, daß er es für ein heiliges Recht halte, dafür einzutreten, daß die Raubgesetze an der Dynastie Habsburg (*Hört! Hört! links.*) beseitigt werden, und hat erklärt, daß er sich zu der Meinung bekenne, daß die Monarchie eine bessere Staatsform sei als die heutige — und, fügte er hinzu, wenn die christlichsoziale Partei einmal Monarchisten in ihren Reihen nicht mehr dulden sollte, dann werde er aus der Partei austreten. (*Hört! - Hört! - Rufe links.*) Das war eine offene Meinungsäußerung eines ehrlichen Mannes und muß als solche geachtet werden. Ich kann nur eines gleich hinzufügen: Die Besorgnisse des Herrn Ministers Dr. Schuschnigg waren ganz unbegründet, die christlichsoziale Partei schließt keine Monarchisten aus, sondern setzt sie auf die Regierungsbank und macht sie überdies zu Hütern der republikanischen Justiz. (*Lebhafte Heiterkeit und Beifall links.*) So, meine Herren, paßt der Herr Dr. Schuschnigg wie die Faust auf das Auge der Göttin der Gerechtigkeit — er ist also auf seinem richtigen Platz in der Regierung.

Aber Sie verstehen, ich habe das aus politischen Gründen angeführt, weil der Eintritt des Herrn Dr. Schuschnigg in die Regierung ja offenbar seine politische Bedeutung hat. Wenn die eine Bedeutung dieser Regierungskrise nach christlichsozialen Anweisungen im Negativen gesucht werden muß, nämlich darin, daß man den Herrn Schober ausbooten wollte, um ausländischen Regierungen zu gefallen, so ist die andere positive Seite dieser Regierungskrise die, daß man Herrn Dr. Schuschnigg in die Regierung einberufen hat. Und so rufen christlichsoziale Zeitungen fröhlockend aus: der Kurs geht nach rechts. Das ist das politische Zeichen, in dem diese Regierungskrise steht.

Aber, hohes Haus, da beginnt nun eine sonderbare politische Unklarheit, die keinen Tag unklar bleiben sollte. Ich stelle mir vor, es müßte das Ergebnis der heutigen Debatte sein, daß diese Unklarheit geklärt wird, zumal wir ja aus den Worten des Herrn Bundeskanzlers die erwartete Klarheit nicht bekommen haben. Wir haben eine Minderheitsregierung vor uns, eine Regierung, die nicht über die notwendigen Stimmen verfügt, die ein Gesetz zu seinem Zustandekommen hier braucht. Die Regierung muß also Stimmen suchen und denkt vermutlich daran — ich nehme an, da ihr ja sonst die Mathematik nicht recht zusammengehen könnte —, daß sie diese Stimmen vor allem links suchen will. Eine Regierung, die links die notwendigen Ergänzungsstimmen für ihre Gesetze sucht und zugleich mit einer Proklamation ins Leben tritt: der Kurs geht aber nach rechts, ich muß fragen, wie reint sich das alles zusammen? Der Herr Bundeskanzler ist uns die Antwort darauf heute schuldig geblieben, und die Antwort, die ich in einem christlichsozialen oberösterreichischen Blatt kürzlich gelesen habe, befriedigt mich nicht. Dort stand nämlich: Entweder wird diese Regierung keine großen Taten im Parlament vollbringen, oder sie wird kein langes Leben haben. Meine Herren! Sehr hoffnungsfreudig ist dieser Gruß aus Linz nicht (*lebhafte Heiterkeit links*), der dem Herrn Bundeskanzler hier entgegengeschickt wird, das muß ich sagen, Aber er ist auch gar nicht befriedigend. Denn alle diese Rechnungen, die da angestellt werden — und die Mathematik ist da jetzt wirklich auf einmal eine politische Wissenschaft geworden —, gehen von einer Erwägung aus, nämlich immer von der Drohung mit irgendeiner Diktatur, weil das Parlament versagt. Und so, hohes Haus, muß ich jetzt einmal die Frage aufwerfen: Ja, versagt denn das österreichische Parlament wirklich? Das österreichische Parlament hat nicht nur nicht versagt, sondern es ist, wie die Erfahrungen der letzten anderthalb Jahren lehren, ein besseres Parlament als irgendein anderes, das in irgendeinem Lande existiert. Es hat allerdings einen Fehler, nämlich, daß es den Christlichsozialen nicht paßt, weil sie in diesem Parlament nicht mehr die stärkste Partei sind. Aber deswegen hat das Parlament noch lange nicht versagt. Das Parlament hat seine Aufgaben erfüllt, es hat die Staatsnotwendigkeiten, vor deren Lösung es von der Regierung gestellt worden ist, gelöst, wenn auch die Gesetze nicht immer in dem Wortlaut beschlossen worden sind, wie sich das die jeweilige Regierung vorgestellt hat. Das gehört ja aber auch gar nicht zu den Aufgaben des Parlaments, zu jeder Regierungsvorlage ja und amen zu sagen. Das Parlament hat das Recht, ja die Pflicht, auch die Regierungsparteien haben die Pflicht, die Vorelagen der Regierung zu prüfen und sie, wenn sie es für notwendig befinden, auch abzuändern. Es

kommt eben auch auf den Inhalt an, den die Gesetze haben. Und da kann ich nur sagen, die Massen draußen haben in den letzten Monaten dieses Parlament kennengelernt, und sie schätzen es richtiger ein, als es mancher Abgeordnete hier tut. Denn die Massen haben verstehen gelernt, daß in harten Zeiten einer schrumpfenden Wirtschaft auch die Demokratie nicht zaubern kann und daß in solchen Zeiten Entbehrungen unvermeidlich sind. Aber dabei hat sich das Parlament als ein Kampfboden erwiesen, auf dem man die Rechte der Massen nicht ohne Erfolg vertreten kann. (*Lebhafter Beifall links*) So mancher Anschlag, den die Reaktion geplant hat, hat hier abgewehrt werden können, ohne daß die Staatsnotwendigkeiten nicht erfüllt worden wären. Davon wissen die Arbeitslosen ein Lied zu singen (*lebhafter Beifall links*), denen das Parlament die Arbeitslosenversicherung erhalten hat. Davon wissen die Eisenbahner ein Lied zu singen (*neuerlicher Beifall links*), deren Rechte ohne dieses Parlament zertrampelt worden wären. Davon wissen alle Arbeiter und Angestellten etwas zu sagen, deren Kollektivvertragsrechte man hat angreifen wollen (*lebhafter Beifall links*), was dieses Parlament abgewehrt hat. Gar kein schlechtes Parlament — dieses Parlament! Gar kein pflichtvergessenes Parlament! Es ist eine grobe politische Lüge, diesem Parlament nachzusagen, es habe versagt. Ja freilich, hohes Haus, für das Kapital sind andere Methoden bequemer. (*Lebhafter Beifall links*) Ein herrliches Land und eine herrliche Zeit, in der man mit dem Federstrich einer Notverordnung 20 Millionen Menschen ein Zehntel ihres Lohnes rauben kann. Das sind Ideale für das Kapital und für den Schwarzenbergplatz (*lebhafter Beifall links*) und alles, was drum und dran hängt. Von dort gehen die Lügen und Verleumdungen über unser Parlament aus. (*Neuerlicher Beifall links*) Aber das Volk versteht, was ein Parlament und was die Demokratie in dem Kampf um die Verteidigung der Rechte wert sind, wenn die Kriegskosten der Krise auf die Bevölkerung aufgeteilt werden müssen. Wir hören es ja in den letzten Tagen schon wieder, wozu man die Diktatur braucht. Wieder in einem christlichsozialen Blatte war zu lesen, mit dem Parlament werde es ja nicht gehen, denn die Regierung werde wieder an die Kollektivverträge herangehen müssen (*Rufe links: Hört! Hört!*), und in dieser Frage sei im Parlament nichts durchzusetzen. Daher brauche man Vollmachten dazu. Wir hören es ja von den Leuten, die es nicht mehr erwarten können, ganz deutlich, was sie in ihren Herzen und in ihren Seelen wirklich bewegt und wozu sie diese Diktatur brauchen. Und darum sagen sie: Geht's mit dem Parlament nicht, so wird es anders gehen und — wie wieder ein anderes christlichsoziales Blatt aus Kärnten fortgesetzt hat —: „Wenn es aber anders geht, dann wird es weit anders gehen.“

Sie irren aber, meine Herren, wenn Sie glauben, daß Sie uns mit solchen Äußerungen schrecken können. Zu einer Diktatur gehören nämlich immer zwei: einer, der sie ausübt, und einer, der sich das gefallen läßt. (*Lebhafter Beifall links.*) Das mögen sich alle Diktaturlüsternen in diesem Lande merken. Und wenn die Herren vielleicht glauben, daß man das Wort Diktatur, weil es einen schlechten Klang habe, mit dem Wort „Vollmachten“ umschreiben könne, die die Regierung braucht, dann möchte ich auch dazu eine Bemerkung machen: Es ist doch an sich schon ein sonderbarer Gedanke, zu meinen, daß die zehn Weisen auf der Regierungsbank durchaus mehr verstehen als die 165 Abgeordneten des Parlaments. Bei der größten Hochachtung vor den Männern der Ministerbank muß ich sagen, daß ich nicht vorweg geneigt bin, das als unbedingt richtig anzunehmen. (*Heiterkeit links.*) Ich möchte das noch ergänzen: Wenn die zehn Weisen auf der Ministerbank das Rezept haben, wie diesem Lande geholfen werden kann, dann sollen sie es uns sagen (*Zustimmung links*), und wir werden dieser Regierung folgen, wenn sie das richtige Rezept hat. Sonst aber, wenn das nicht geschieht, dann kommt es mir vor, daß immer der am lautesten nach Vollmachten schreit, der zunächst einmal vielleicht selber nicht weiß, was er damit anfangen soll (*Händeklatschen links*) und der, weil ihm nichts Gescheites einfällt, dann diese Vollmachten missbraucht. Wir haben es ja schon einmal erlebt: Hat sich denn nicht dieses Parlament Ende Mai des vergangenen Jahres mit großer Mehrheit einmal entschlossen, einer Regierung Vollmachten zu geben, und sind diese Vollmachten des zweiten Credit-Anstalts-Gesetzes nicht unerhört missbraucht worden? (*Zustimmung links.*) Das haben wir im Gedächtnis. Weisheit und Zuverlässigkeit einer Regierung, das ist nicht so häufig und gut gewachsen, daß man ein solches Experiment überhaupt wieder in Betracht ziehen könnte.

Und, hohes Haus, braucht man es denn in Wirklichkeit? Erinnern wir uns nur daran! Als der Herr Dr. Ender ging und der Bundespräsident ihm sagte, er soll es noch einmal probieren, da antwortet der Herr Dr. Ender: Ich mache es nur, wenn ich Vollmachten bekomme. Wir haben ihm die Vollmachten nicht gegeben. Er ging, und der Herr Dr. Buresch kam. Und nun frage ich Sie: Ist das, was Staatsnotwendigkeiten waren, die das Parlament erfüllen sollte, in dem letzten halben Jahre nicht auch ohne Vollmachten der Regierung erfüllt worden? Ja, vieles ist nicht geschehen, das ist wahr, aber das sind nicht Verhältnisse des Parlaments, das sind Dinge, die die Regierung selbst hätte machen können und machen müssen (*Zustimmung links*) ohne irgendwelche Vollmachten, und die nicht geschehen sind, entweder weil irgendwelche Umstände, die außerhalb der Macht der Regierung

liegen — auch solche gibt es natürlich —, es verhindert haben oder weil Unfähigkeit der Regierung es verhindert hat. Das Parlament aber ist daran ganz gewiß nicht schuld.

Das, hohes Haus, ist der Sachverhalt, und darum muß ich sagen: So wie wir im Juni dieses Vollmachten- und Diktaturgerede als ein frivoles Spiel gekennzeichnet haben, als die Regierung Buresch I kam, genau so müssen wir — und nach den Erfahrungen dieses halben Jahres erst recht — dieses Gerede heute als ein frivoles Spiel bezeichnen.

Meine Herren! Wenn aber diese Minderheitsregierung, die die Stimmen von links haben will und den Kurs nach rechts richten soll, als eine parlamentarische Regierung einen Sinn haben soll, dann, meine Herren, taucht der dringende Verdacht auf, daß politische Kulissenschieber in dieser Krise die Kulissen so gestellt haben, daß es dabei auf diese Phrasologie vom Versagen des Parlaments abgesehen war. (*Rufe links: So ist es!*) Das ist nicht nur mein Verdacht; ich kann dafür eine sehr unbefangene, Ihnen nahestehende Quelle anführen, nämlich die „Germania“, das deutsche Zentrumsorgan, das in einem Artikel in seiner Nummer vom 3. Februar, nachdem es diese Kabinettsskrise geschildert hat, wörtlich schreibt (*liest*): „Wenn man es direkt auf eine Zermürbung des Parlamentarismus, auf eine Herabsetzung der Parlamentsinstitution abgesehen hätte, besser hätte man solchen Absichten nicht vorarbeiten können als derart, wie man es jetzt getan hat.“ (*Rufe links: Hört! Hört!*) Das schreibt das deutsche Zentrumsblatt über das Ergebnis der Regierungskrise in Österreich in einem Leitartikel. Die „Germania“ hat recht, es besteht der Verdacht, daß man hier eine unmögliche Regierung mit unmöglichen Aufgaben gebildet hat, um sie möglichst rasch scheitern zu lassen und dann hinausprosaufen zu können, das Parlament habe versagt. Meine Herren! Nicht das Parlament wird versagen, wenn der Herr Dr. Buresch hier keine Mehrheit findet, sondern dann versagt die Regierung, aber nicht nur diese Regierung des Herrn Dr. Buresch, sondern es ist der ganze Antimarxismus (*Zustimmung links*), der da ad absurdum geführt wird, nachdem er jetzt zehn Jahre lang diese Republik heimgesucht hat.

Ich habe schon vorhin gesagt, wir haben seit 16 Monaten die vierte Regierung in diesem Lande. Warum? Und warum ist eine Regierung schwächer und schlechter als die andere? Weil Sie es sich in den Kopf gesetzt haben, daß die Arbeiterschaft in diesem Lande, daß die Sozialdemokratie, die 41 Prozent, also zwei Fünftel der ganzen österreichischen Bevölkerung, vertritt, beiseite geschoben wird und nur ein Objekt für Ihre Regierungskünste sein soll und die anderen 59 Prozent das ewige Privileg haben, Österreich zu regieren. Die

59 Prozent, die sich Antimarxisten nennen, bringen, wenn sie untereinander uneinig sind, eben nur eine schwache Mehrheitsregierung zustande, und wenn sie immer uneiniger werden, dann kommt nur eine Regierung der Minderheit heraus, aber die Bourgeoisie und der Antimarxismus wollen auf das Alleinregieren in Österreich nicht verzichten. Wenn Sie es nicht mehr zu Wege bringen, dann schreien Sie: der Parlamentarismus habe versagt, und man müsse ihn abschaffen. (*Zustimmung links.*) Nein, meine Herren, nicht das Parlament macht Bankerott und nicht der Parlamentarismus, sondern diese Regierung, und mehr noch, dieses ganze bürgerliche Regierungssystem steht am Rande des Bankrotts. Das ist die Wahrheit. (*Beifall links.*)

Wenn ich hier mit aller Deutlichkeit sage, daß alle diese Krisen nur zeigen, daß auf die Dauer in diesem Lande gegen die Sozialdemokratie nicht regiert werden kann, so mißverstehen Sie meine Worte nicht etwa dahin, daß wir uns bittend an den Toren der Regierungsgebäude drängen, um Einlaß suchend, weil wir gerne Ministerien übernehmen möchten. Wir sind den Herren, die hier sitzen, um ihre Posten nicht neidig (*Heiterkeit links*) — das glauben Sie mir. Nicht in dem Sinne, wie Sie es vielleicht meinen, wegen der persönlichen Arbeit, die zu leisten ist; es hat jeder seine Arbeit zu leisten, und diejenigen, die nicht in der Regierung sitzen, vielleicht noch mehr. Aber wir sind Ihnen nicht neidig auch in einer anderen Beziehung. Denn wenn Sie uns so ab und zu einmal, um ein Alibi sich zu schaffen, einladen, ein marxistisches Aushängeschild für den antimarxistischen Konkurs zu sein, diese Rolle haben wir immer abgelehnt, das werden wir auch in Zukunft ablehnen, und heute gilt genau so wie im Juni des vergangenen Jahres, daß wir uns zu so etwas nicht hergeben und daß ein Eintritt von Sozialdemokraten in eine Regierung etwas anderes, ein neues Regierungssystem in Österreich bedeuten muß.

Es gibt aber offenbar unter Ihnen Leute, die in der österreichischen Politik so argumentieren, daß sie sagen: Die starke Hand, die jetzt nach Ihrer Meinung erforderlich sei, die habe ja die Mehrheit der Bevölkerung ohnedies hinter sich. Am 9. November 1930 hat sich herausgestellt, daß das nicht wahr ist. Die prinzipiellen Herren der starken Hand auf der äußersten Rechten dieses Hauses haben damals 9 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigt, und sie nehmen für sich in Anspruch, Österreich mit ihrer starken Hand zu regieren. Wir Sozialdemokraten auf der Linken vertreten 41 Prozent der Bevölkerung. Wir sollen niedergetrampelt und nullifiziert werden. Und wir lassen uns das nicht gefallen. Wahrhaftig, das würden Sie erleben, wie die Arbeiter in Österreich sich das nicht gefallen lassen. Aber es gibt solche unter Ihnen, die

sagen: Ja, was vor 16 Monaten war, gilt heute nicht. Heute denkt das Volk über diese Dinge ganz anders. Da machen wir den Herren von allen Parteien des Hauses einen Vorschlag: Machen wir doch die Probe darauf! (*Stürmischer Beifall links.* — *Rufe links: Neuwahlen!*) Lösen wir dieses Parlament auf! Man wird vielleicht sagen: in einer solchen Zeit soll man das Volk nicht mit Wahlen behelligen. Gewiß, das mag ein Standpunkt sein, aber vergessen Sie nicht, wir haben ja heuer im Frühjahr, im April oder im Mai, Wahlen, an denen ohnedies mehr als zwei Drittel der ganzen österreichischen Bevölkerung beteiligt sind. Wir haben die Gemeinderatswahlen in Wien, wir haben Landtagswahlen in Niederösterreich, wir haben Landtagswahlen in Salzburg, wir haben Gemeinderatswahlen in Steiermark, wir haben Gemeinderatswahlen in Kärnten, es wählt ja ohnedies fast ganz Österreich im Frühjahr heuer, wenn auch nicht für das Parlament. Na, dann geht es in einem, nicht wahr, da werden die Wähler und Wählerinnen in Oberösterreich und im Westen und im Burgenland das auch auf sich nehmen. Wählen wir mit den Landtagen das Parlament mit, machen wir die Probe, wieviel die 9 Prozent vom 9. November jetzt sind, und machen wir die Probe darauf, wieviel die 41 Prozent vom 9. November sind. (*Stürmischer Beifall links.* — *Werner: Sehr richtig!*) Wir scheuen diese Probe keineswegs. (*Neustädter-Stürmer: Auch wir keineswegs!*) Mir tönt das Echo entgegen: auf der äußersten Rechten scheut man sie auch nicht. Ich lade die anderen Parteien ein, diesem Beispiel zu folgen, und erst einmal das Volk zu fragen, was es von Diktaturen und von Vollmachten eigentlich hält. Mit Drohungen werden Sie uns gar nicht einschütern. Ich sage es hier mit allem Nachdruck: Die Regierung soll sich nur ja nicht darauf verlassen, daß wir sie etwa, um das bekannte Wort zu gebrauchen, tolerieren müssen um jeden Preis, aus der Besorgnis heraus, daß, wenn der Herr Buresch zum zweitenmal geht, das Sprichwort nicht wahr sein wird, alle guten Dinge müßten dreimal geschehen, sondern nach Buresch II gleich das Schreckgespenst des Herrn Seipel kommt, wie er selbst wenigstens ankündigt. Ich kann nur sagen, das schreckt uns gar nicht. Es wäre ein gründlicher Irrtum, wenn Sie glauben wollten, daß uns das schreckt. Wir werden diese Regierung des Herrn Dr. Buresch nach ihren Taten beurteilen, ohne Rücksicht auf die Diktaturgelüste des Herrn Seipel. Und wir erschrecken auch gar nicht darüber, wenn sich am Ende die Regierung des Herrn Dr. Buresch, deren Kurs angeblich nach rechts geht, uns als eine Regierung der starken Hand vorstellen sollte oder sich als eine Regierung der starken Hand preisen läßt. Es ist nicht jede Hand, die sich stark

nennt, aus Eisen; es gibt auch starke Hände, die nur aus Pappe sind, auf denen ein Blechbeschlag darauf ist. (*Heiterkeit links.*) Aber selbst wenn das eine starke Hand aus Eisen wäre, es gibt immer noch eine stärkere Hand, mit der man eine daraufkriegen kann. (*Lebhafte Beifall und Heiterkeit links.*) All dieses Gerede imponiert uns also nicht, das sei der heutigen und jeder kommenden Regierung mit aller Deutlichkeit gesagt. Im übrigen hat ja der Herr Abg. Kunischak das Gerede von der starken Hand am besten abgetan, indem er seiner eigenen Partei empfahl, statt an die starke Hand lieber an den starken Verstand zu denken, den man für die Politik sehr notwendig braucht.

Mit dem Herrn Seipel werden Sie uns also nicht schrecken! Der Herr Seipel hat im Mai des Jahres 1922 das eigentliche bürgerliche Regime in Österreich begründet. Vielleicht ist es Schickhal, daß er auch an seinem Ausgang steht. Die Regierung des Herrn Dr. Buresch ist auch eine Zwischenlösung genannt worden. Man hat gesagt, man schicke ihm einen Vertrauensmann des Herrn Seipel hinein. Das soll offenbar der Vorteile sein, bis der Herr selber kommt und sich auf der Regierungsbank niederläßt. (*Heiterkeit links.*) Mag sein, daß diese Regierung so zu deuten ist, daß sie vielleicht nichts anderes darstellt als eine maskierte Seipel-Regierung. Ich kann auch dazu nur sagen: Wir werden wachsam sein und werden diese Regierung behandeln, so wie sie es verdient. Wir Sozialdemokraten haben hier im Hause hohe Interessen zu vertreten; die Lebensinteressen der Arbeiter und Angestellten und der weitestens Kreise der kleinen Leute. Die Interessen der Demokratie sind in unsere Obhut gegeben. Diesen Interessen zu dienen ist unsere Pflicht. Diese Pflicht haben wir erfüllt, und wir werden sie erfüllen jeder Regierung gegenüber, mag sie sein, welche immer. Das ist der Leitstern unserer Politik. (*Lebhafte, anhaltender Beifall links.* — Während vorstehender Rede hat Präsident Ing. Tauschitz den Vorsitz übernommen.)

Kollmann: Hohes Haus! Es hat niemand auf den Bänken der christlichsozialen Partei erwartet, daß der Herr Dr. Robert Danneberg dem gewesenen Kanzler und dem gegenwärtigen Kanzler heute irgendeine Lobrede halten wird. Gewiß haben wir das nicht erwartet. Gleichwohl ist auch in seinen Ausführungen einiges vorgekommen, aus dem die Anerkennung nicht gestrichen werden kann. Auch er hat bestätigt, daß unter der Regierung Buresch I, Staatsnotwendigkeiten von großer Bedeutung von diesem Parlament erledigt werden konnten. Wir haben ja alle die Erledigung miterlebt. Wie schwer es dem Kanzler dabei gegangen ist, das hat der Herr Abg. Dr. Robert Danneberg wohl verschwiegen. Er hat nicht mitgeteilt, wie lange man den Kanzler Buresch gequält und gemartert hat, ehe er seine

Staatsnotwendigkeiten, die im Interesse der Allgemeinheit gelegen waren, unter Dach und Fach gebracht hat. Es ist natürlich leicht, hier mit einer Spottrede über ein Ministerium die Sache abzutun. Ich bin nicht beauftragt, hier eine Rede zu halten, und hätte gar nichts gesagt. Aber die Ausführungen des Herrn Dr. Robert Danneberg waren so, daß ich es nicht unterlassen kann, einiges herauszugreifen.

Das Interessanteste, was ich heute erlebt habe, ist folgendes: Ich habe das erstmal gesehen und gehört, daß der Herr Abg. Kunischak nur ein Talmi-Antisemit ist und daß der einzige richtige, aufrichtige Antisemit eigentlich der Herr Dr. Robert Danneberg ist. (*Lebhafte Heiterkeit und Beifall rechts.*) Er hat offen den Kampf gegen die reichen Juden gepredigt. Nun, helfen Sie uns dabei, gehen Sie mit uns, wenn es darum geht! Aber es ist ganz anders, wenn die einmal erreichbar sind. Er weiß, wir können die Schuldigen an gewissen Dingen derzeit nicht erreichen, und schiebt nun die ganze Schuld, die andere begangen haben, natürlich den Christlichsozialen in die Schuhe. Er hat heute wieder das große Prachtstreitroß der Credit-Anstalt geritten. Geben Sie doch einmal dieser Anstalt Ruhe, lassen Sie sie gesunden, lassen Sie sie aus den Schwierigkeiten herauskommen, in denen sie ist! Reden Sie nicht immer und immer wieder gegen diese Anstalt!

Eine zweite Sache, die für uns ganz interessant ist und die zu berühren ich gleichfalls nicht unterlassen kann, sind die Mitteilungen des Herrn Dr. Danneberg über die inneren Vorgänge in der christlichsozialen Partei. Ich bin sehr dankbar, daß ich als Klubmitglied dieser Partei hier endlich etwas erfahren, was ich dort nicht höre und nicht sehe. (*Heiterkeit rechts.*) Es ist ganz merkwürdig, wie andere Parteileute, andere Blätter... (*Rufe links: Ihre Presse!*) Aber lassen Sie die Schreiber! Aus der andersgerichteten Presse und aus anderen Parteien hört man Dinge, von denen man in der eigenen Partei, der man angehört und an deren sämtlichen Sitzungen man teilnimmt, nichts hört und nichts sieht. Wenn Sie dabei immer das große Stück heranbringen, so erinnert mich das stark an die Kinderstube. In der Kinderstube gibt es einen sogenannten Wauwau. Wenn der Öffentlichkeit ein solcher Wauwau aufgezeigt werden soll, so heißt er immer Dr. Ignaz Seipel. Wie etwas nicht in Ordnung ist, ist der Dr. Ignaz Seipel daran schuld. Ein Mann, der sich bemüht, gesund zu werden. Man sollte den Mann in Ruhe lassen, denn hätte er im Jahre 1922 die Zügel der Regierung nicht ergriffen, wer weiß, was mit Österreich geschehen wäre. (*Lebhafte Beifall rechts.*) So dankt man nicht, wie Sie es hier tun!

Nur noch ein einziges Wort! Herr Dr. Robert Danneberg hat gesagt: Ja, es gibt ehrliche Republikaner, die den Bund gegen faschistische Übergriffe und faschistische Gefahren schützen wollen. Ich

bitte, meine Herren, es wäre besser, man würde davon nicht sprechen. Denn unwillkürlich drängt sich einem die Frage auf: Wo sind denn jene Stätten, in denen man Schmierbüchsen herstellt, die an Stelle des die Wogen glättenden Öls mit Sprengmitteln gefüllt sind? (Zwischenrufe.) Vielleicht sind Sie in der Lage, uns die ehrlichen Republikaner zu zeigen, die wissen, wo das ist. Wir möchten das Material auch machen lassen, um die Republik gegen den Faschismus zu schützen. (Beifall rechts. — Zwischenrufe links und Gegenrufe auf der äußersten Rechten.) Vielleicht können wir das erfahren.

So ist die Sache nicht. Die Republik, die nicht dadurch geschützt wird, daß eine vernünftige Gesetzgebung und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung jedem Staatsbürger das Leben ermöglichen, die Republik kann nicht leben. Dazu gehört der Wille aller.

Übrüstung? Ja! Alle! Aber nicht der eine ja, der andere nicht. (Beifall rechts und Zustimmung links.) Gut, einverstanden, wir werden das Gesetz machen: Todesstrafe für den, der nicht abgerüstet hat. (Rufe links: Ja! — Heiterkeit.) Ja? Gut. Ich bin auch dafür.

Nach diesen paar Bemerkungen komme ich nun zu meiner eigentlichen Aufgabe. Ich habe im Namen der christlichsozialen Fraktion folgende Erklärung abzugeben (liest):

"Der Herr Bundeskanzler Dr. Buresch hat seit dem Juni letzten Jahres mit dem Einsatz seiner vollen bewährten Arbeitskraft daran gearbeitet, die Probleme der österreichischen Republik zu meistern. Es ist ihm gelungen, den Staatshaushalt der Ordnung zuzuführen und wichtige Maßnahmen zur Festigung unserer öffentlichen Verhältnisse zu sichern. Wir begrüßen es, daß er sich der Aufgabe unterzogen hat, die neue Regierung zu bilden. Wenn es auch leider nicht gelungen ist, bei der Neubildung der Regierung die Mehrheit des Hauses zusammenzufassen, so hoffen wir doch, daß das hohe Haus schon in Rücksicht auf die Schwere der Zeit den Notwendigkeiten des Staates, die die Regierung, wie in ihrer Erklärung verdeutlicht worden ist, zu vertreten haben wird, Rechnung zu tragen entschlossen ist. Es ist nicht an der Zeit, Parteidistanzpunkte in den Vordergrund zu schieben; das Wohl des Ganzen muß alle Entscheidungen bestimmen. Die christlichsoziale Partei wird in geschlossener Einigkeit die Regierung bei der Bewältigung ihrer Aufgaben bereitwillig unterstützen und alles daran setzen, damit Österreich sich aus der schweren Bedrängnis der Gegenwart herausarbeiten."

Dr. Danneberg hat von der Pflicht gesprochen. Auch wir haben Pflichtbewußthein. Wir werden in diesem Hause unsere Pflicht erfüllen und laden Sie ein, auch Ihre Pflicht zu tun. Sie haben uns eingeladen, das Haus aufzulösen. Einladungen werden

in dreierlei Form beantwortet: Man nimmt sie an, man lehnt sie ab, oder man läßt sie unbeantwortet. Welche dieser drei Entscheidungen kommen wird, weiß ich nicht, ich bin nicht befugt, das aus eigenem zu sagen. Aber Sie werden ja später sehen, was kommen wird.

Erfüllen wir also unsere Pflicht, erfüllen Sie Ihre Pflicht, und hoffen wir, daß auch das Kabinett Buresch II so sein wird, daß der Herr Abg. Dr. Robert Danneberg hier wird sagen können: es hat Staatsnotwendigkeiten von großer Bedeutung durchgeführt. (Lebhafter Beifall rechts.)

Dr. Straßner: Verehrte Frauen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat einleitend in seiner Regierungserklärung folgenden Satz gesprochen (*liest*): "Ich stehe auf dem Standpunkt, daß in einem geordneten Staatswesen die Regierungsgeschäfte eben besorgt werden müssen." Ich stimme mit ihm darin vollständig überein. Er sagt aber dann weiter (*liest*): "... und daß es eine Preisgabe der Grundsätze bürgerlicher Parteien bedeuten würde, sich in einem so kritischen Zeitpunkt ihrer politischen Verantwortung zu entziehen und zur Fortsetzung der Regierungskrise ihre Hand zu bieten." Ich glaube, diese Worte sind an die Adresse meiner Fraktion gerichtet. Ich könnte es kaum verstehen, daß sie jemand anderem hätte gelten können. Gestatten Sie mir, daß ich in aller Kürze einen Überblick über eine zehnjährige Periode gebe und Ihnen sage, daß wir am Ende dieser Periode den Schluß gezogen haben, der für uns eigentlich schon früher selbstverständlich gewesen wäre. (Zustimmung in der Mitte.)

Wir sind im Jahre 1922 in eine Koalition mit der christlichsozialen Partei gegangen, ich sage offen und aufrichtig, aus Sorge um Österreich, aus Sorge um diese junge Republik, aus Sorge um die deutsche Zukunft dieses Staatswesens. Das waren die Hauptgründe. Aber daneben war es auch die Sorge um die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Staatswesen. Das waren die Gründe, die für uns damals maßgebend waren, obwohl wir uns sagen müssten, daß eine Koalition zwischen ungleich starken Partnern nicht zum Vorteil des schwächeren, sondern immer zum Vorteil des stärkeren Partners aussaßen wird. Wir haben sehr bald erfahren können, daß diejenigen Dinge, die im Rahmen der Sanierung des Staates Österreich den Beifall der Bevölkerung gefunden haben, auf das Konto des stärkeren Partners gebucht wurden und daß umgekehrt diejenigen Dinge, die von der Bevölkerung unwillig hingenommen wurden und vielleicht nicht willig hingenommen werden konnten, auf das Konto der Großdeutschen gebucht worden sind. Ich erinnere mich lebhaft an den Wahlkampf des Jahres 1923, ich erinnere mich noch sehr lebhaft daran, wie damals unser Partner in der Koalition es verstanden hat, die zweite

Koalitionspartei als das Enfant terrible hinzustellen, das alle diese schlechten Dinge gemacht hat; wenn es auf sie, die erste Koalitionspartei, angekommen wäre, wäre es ganz anders gewesen.

Ich anerkenne die Verdienste der damaligen Männer der christlichsozialen Partei, aber ich muß sagen: ohne uns wäre die christlichsoziale Partei nicht imstande gewesen, das, was für Österreich gut war, zu machen.

Wir haben in der Koalition weitergedient, obwohl sich die Verhältnisse auch in den späteren Jahren nicht wesentlich gebessert haben. Wir haben weitergedient aus Sorge um unser Staatswesen.

Erst in dem Augenblick haben wir uns etwas gerührt, in dem wir Sinn und Zweck der Koalition genauer kennengelernt haben. Wir haben herausgefunden, daß es auf diese Art und Weise in Österreich zum Zweiparteiensystem kommen soll, daß die freiheitliche und nationale bürgerliche Mitte zu verschwinden, in einer zweiten großen österreichischen Partei aufzugehen hat. Das war so das Konzept, das man sich vorgestellt hat. Und als wir sehen konnten, wohin dieses Konzept münden würde, nämlich zu einer Ausrottung alles dessen, was sich im bürgerlichen Lager bewußt national und freiheitlich nennt, in dem Augenblick haben wir als Großdeutsche begonnen, nicht mehr willig alles zu apportieren, was uns hingeworfen worden ist. Das Ergebnis dieses Systems war schließlich und endlich folgendes: Das Zweiparteiensystem hätte den Zweck gehabt, die zweite Partei in Österreich zu schwächen. Es war eigentlich auch Aufgabe der Koalition — eine vielleicht ganz richtige Aufgabe —, aber die Taktik war vielleicht keine richtige, um das Ziel zu erreichen; denn das Ergebnis war, daß jede Wahl die parlamentarische Opposition gestärkt hat und daß es bei den letzten Wahlen überdies noch durch diese Taktik zu einer weiteren Zersplitterung im sogenannten bürgerlichen Lager gekommen ist. Wenn das der Zweck des Systems war, dann — muß ich sagen — hat dieses System sein Ziel voll und ganz erreicht. Schließlich hat es so weit geführt, daß nunmehr der gegenwärtige Bundeskanzler eine Kabinettbildung für eine Regierung vorgenommen hat, die wir als Minderheitsregierung vor uns sehen. Ich darf sagen, wenn das der Zweck war, einmal in Österreich das zu erreichen, so ist dieser Zweck voll und ganz erreicht.

Nun hat der Herr Bundeskanzler in seinen Ausführungen gesagt, er wolle über die Dinge nicht sprechen, die zur Krise geführt haben. Wenn aber er darüber nicht gesprochen hat, so haben um so mehr seine Parteigenossen in dem einen oder anderen Bundeslande und um so mehr die Presse der Partei des Bundeskanzlers über diesen Gegenstand zu berichten gewußt. Ich halte mich deshalb für verpflichtet, doch einige Dinge darüber zu erzählen, wie sich diese Krise entwickelt hat und wie wir

schließlich zu dem Entschluß kommen mußten, uns an einer neuen Regierung nicht mehr zu beteiligen. Wir konnten schon seit Jahren beobachten, daß diejenigen Bevölkerungsgruppen, die eigentlich uns nahestehen, eine vollständige Vernachlässigung ihrer Interessen erfahren haben. Ich möchte hier auf die öffentlichen Angestellten verweisen. Die öffentlichen Angestellten waren schon früher nicht besonders gestellt, und man hat ihnen aus höherem Staatsinteresse auch in letzter Zeit neue, und zwar große Opfer auferlegt. Aber nicht anders ist es dem Gewerbe, nicht anders der kleinen und mittleren Industrie ergangen, die eigentlich auch fast ausschließlich Melkfahne für den Staat im Rahmen der früheren Regierungen waren. Ich darf nicht vergessen, daß auch mit dem Handel nicht anders umgegangen worden ist, obwohl man vielleicht glauben könnte, daß für diesen Zweig und für alle diese Zweige unserer Volkswirtschaft die prominentesten Persönlichkeiten auch der christlichsozialen Partei den Schutz übernommen haben. Trotz aller dieser Tatsachen ist es aber nicht so weit gekommen, daß diese Gruppen unserer Bevölkerung auch nur annähernd in derselben Weise berücksichtigt worden wären, wie zum Beispiel die Bauernschaft. Wir haben nicht einmal, sondern wiederholt Opfer für die Bauernschaft gebracht, und ich sage, ich habe nichts gegen diese Opfer, nur habe ich von diesem Platze aus nicht einmal, sondern wiederholt ausgesprochen, daß ich mich gegen die Aufteilung dieser Opfer mit aller Entschiedenheit zu wenden habe.

Aber was unser Verhältnis in der Koalition noch mehr zu trüben geeignet war, das war die fortwährende Politisierung der Verwaltung dort, wo sie nicht ohnehin schon vorhanden war. Wir sind von jeher Anhänger der Entpolitisierung gewesen und haben alle Versuche gemacht, namentlich das Brachium, die Wehrmacht, zu entpolitisieren. Wir haben sehen können, daß es, da diese Wehrmacht bis zu einem gewissen Grade in der Organisation zu einem Instrument des stärkeren Partners in der Koalition geworden ist, nicht möglich war, hier nur ein einziges Mal der Verwirklichung unseres Wunsches näherzutreten. Wenn wir trotz alledem — und das wiederhole ich hier — ausgeharret haben, so nur aus Sorge um die deutsche Zukunft dieser Republik Österreich. Wir haben ja lange schon den Kampf gegen das System, das durch uns in der Koalition verkörpert wurde, sehen können. Der Kampf gegen das System hat jedoch zu einem merklichen Erfolg geführt. Ja, wir können sagen, daß von der Zeit der Regierung Streeruwitz an eigentlich dem von uns gewünschten Kurs mehr Rechnung getragen wurde. Dieser Kurs wurde durch das überparteiliche Kabinett Schober in verstärktem Maße weitergeführt. Die Regierung Ender hat sich auch auf denselben Standpunkt gestellt, und schließlich und endlich ist mit demselben Motto

auch die Regierung Buresch I vor die Öffentlichkeit getreten. Wir müssen uns fragen: Warum ist dieser Kampf gegen den deutschen Kurs aussichtslos geblieben? Weil er uns genutzt hat, im Gegensaß zu den Behauptungen, die wir jetzt in letzter Zeit täglich hören konnten, daß dieser Kurs für uns das Verderben gewesen ist. Und weil der Kampf gegen das System nicht erfolgreich geführt werden konnte, hat sich dann der Kampf gegen die Person, gegen den Träger des Systems, gerichtet und ist vor allem gegen den Bizekanzler Schober geführt worden. Ich muß fragen: Ist dieser Mann wirklich ein so großer Verbrecher? Ist es ein Verbrechen, daß er uns die Befreiung von den Reparationslasten gebracht hat? Ich habe eine christlichsoziale Korrespondenz gelesen, die gestern ausgegeben worden ist, in der folgendes vermerkt steht: Schober hat eigentlich an der Befreiung von den Reparationen gar kein Verdienst. Er hat nur nach Haag zu fahren gehabt, um dort die Unterschrift hinter das zu setzen, was von seinen Vorgängern Dr. Scipel und Dr. Kienböck bereits eingeleitet worden ist. Nun dürfte dem hohen Hause nicht ganz unbekannt sein, daß es im Haag nicht gar so einfach war, die Befreiung von den Reparationen zu erreichen. Man hat uns im letzten Augenblick noch zugemutet, für die Nachfolgestaaten die Befreiungsschuld zu übernehmen, die sich in der Höhe von 1 Milliarde Schilling bewegt hat. Gar so einfach war die Sache nicht. Oder war es ein besonderes Verbrechen, daß es dem gewesenen Bizekanzler gelungen war, seinerzeit als Kanzler die Investitionsanleihe zu erreichen, die von den früheren Regierungen mit allen Mitteln angestrebt wurde, die aber den früheren Regierungen trotz der scheinbar intimeren Beziehungen zu den Geldgebern versagt geblieben ist? Oder war es vielleicht ein besonderes Vergehen, daß sich der frühere Bizekanzler in der Zeit seiner Kanzlerschaft und in der Zeit seiner Bizekanzlerschaft auf den Standpunkt von Ruhe und Ordnung gestellt hat? Das kann doch auch kein Verbrechen sein. Ich habe gestern früh gelesen, daß auch der gegenwärtige Bizekanzler auf diesem Standpunkt steht und daß er für die unbedingte beiderseitige Abrüstung eintreten wird. Merkwürdig ist mir vorgekommen, daß in der heutigen Regierungserklärung ein derartiger Passus vollständig fehlt. Oder war es ein Verbrechen und ist es ein Verbrechen, daß eben dieser vielgeschmähte Mann versucht hat, Österreich aus seiner wirtschaftlichen Enge herauszuführen, zu einer Zeit, wo man schon ganz lebhafte, merkliche Zeichen dafür gesehen hat, daß durch die Weltwirtschaftskrise die Verhältnisse in Österreich von Tag zu Tag und von Monat zu Monat schlechter werden? Auch der gegenwärtige Bundeskanzler sagt ja: Wir müssen auf eine Erweiterung unseres Wirtschaftsgebietes bedacht sein, und ich glaube, in seiner eigenen Partei und darüber hinaus kann

ihm das als ein Verdienst angerechnet werden. Ja, aber denselben Versuch hat auch Bizekanzler Dr. Schober durch den Plan, die Zollunion zu verwirklichen, gemacht. Allerdings wurde ihm dies zum Verhängnis.

Dass er aber recht hatte, möchte ich an einem Beispiel zeigen. Der Herr Bürgermeister Kollmann hat zwar gesagt, von der Credit-Anstalt soll man nicht reden, aber man muß trotzdem von ihr sprechen, weil sie heute einen integrerenden Bestandteil des österreichischen Unglücks bedeutet. Die Credit-Anstalt war nicht erst zu der Zeit passiv, zu der der Plan der Zollunion bekannt wurde, sondern sie war schon früher passiv, und wenn man jetzt die Sache umdreht, so heißt das die Ursache mit der Wirkung vertauschen; und wenn man das geflissentlich tut und wenn man dann diese illiquide Credit-Anstalt dazu benutzt hat, gegen die Zollunionspläne zu Felde zu ziehen, so hat man damit Österreich und auch der Credit-Anstalt keinen guten Dienst erwiesen. Die Stellung des Auslandes gegenüber Österreich ist in allen diesen Fragen von Österreich beeinflusst worden. Es wird gemeinhin in Abrede gestellt, aber da wir nicht weit von der Fastenzeit sind, möchte ich den Herren und Damen des hohen Hauses sagen, ich kenne mich zwar im Beichtspiegel nicht so genau aus, ob dort auch politische Sünden verzeichnet sind, wenn sie es aber sind und diese Sünden gebeichtet werden sollen, dann dürfte der Beichtvater zu einer Absolution nicht gar so leicht zu haben sein, wenn er ein gerechter Beichtvater ist. (Sehr richtig! in der Mitte.) Das ist meine Auffassung, die ich mir auch durch alle die Argumente nicht zerstören lasse, die jetzt durch die Presse gehen, daß in Österreich gar nichts geschehen sei, was ein Konterkarieren der Zollunionspläne bedeuten könnte. Ich gehe sogar so weit, die Frage aufzuwerfen, wo die Indiskretion über die Zollunionspläne begangen wurde. Ich bin genau unterrichtet, wie diese Pläne gesautet haben und wie sie verwirklicht werden sollten. Das sollte keine Überraschung des Auslandes werden, sondern das Ausland sollte eingehend unterrichtet werden, sollte mit Beschlüß fassen. So war der Plan. Und wenn dieser Plan vorzeitig aufgeslogen ist, wie man sich volkstümlich ausdrückt, so wird es auch hierfür Schuldtragende geben, und wenn dafür im Beichtspiegel auch etwas zu finden ist, dann ist dazu wiederum zu sagen: Eine Absolution wird es hier so leicht nicht geben.

Nun zur Regierungskrise selbst. Ich darf sagen — da decke ich mich mit der Ansichtung meines früheren, nicht des unmittelbaren Herrn Vorträngers —, daß diese Krise eigentlich das Ergebnis der Uneinigkeit in der stärksten früheren Koalitionspartei war. Wir haben seit dem Bestande der Republik verschiedene Regierungskrisen durchgemacht; und eine solche Regierungskrise ist uns immer

nicht allein von politischer, sondern auch von Seiten der Wirtschaft als ein ungeheuerliches Unglück hingestellt worden. Wiederholt haben, wie ich mich erinnern kann, in diesem Hause Deputationen vorgesprochen, um zum Ausdruck zu bringen, wenn nicht innerhalb einiger Stunden eine Regierung gebildet sei, werde ein ungeheuerliches Unglück über Österreich hereinbrechen. Das war nicht einmal, sondern das war wiederholt der Fall. Und nunmehr haben wir vor der letzten Regierungskrise sehen können, daß plamäfig auf diese Krise hingearbeitet wurde. Der Herr Bürgermeister Kollmann hat gesagt: „Ich bin selbst Mitglied des christlichsozialen Klubs, ich habe da von einer Uneinigkeit nichts gesehen.“ Möglicherweise bin ich selbst nicht zugegen gewesen, ich will es zugeben. Aber ich kann mir beiläufig ein Bild machen aus den Reden und aus den Artikeln, die auch von Mitgliedern des christlichsozialen Klubs der Öffentlichkeit übergeben wurden. Aber nicht allein innerhalb der christlichsozialen Partei hat dieses Sturm laufen gegen die Regierung bestanden, sondern dieses Sturm laufen ist auch von Seiten der Wirtschaft, die früher bei jeder Regierungskrise so besorgt war, internommen worden; nicht von allen, sondern von den gewissen Leuten, die sich am Gänseblatt der politischen Abhängigkeit befinden.

Und so ist es eben zur Krise gekommen. Es hat das Sturm laufen — ich darf es offen aussprechen — in der Hauptsache auch dem Bundeskanzler gegolten. Man war mit dem Bundeskanzler unzufrieden, und der Bundeskanzler hat in diesem Augenblick vielleicht das Vernünftigste getan, das er tun konnte. Keine originelle Erfindung! Ich glaube, wir haben wenige Wochen vorher ein ähnliches Beispiel gehabt, nämlich in Frankreich. Briand sollte aus dem Kabinett Laval ausgeschiffzt werden, aber Briand ist nicht gegangen. Briand, der sowohl oft Ministerpräsident und der sowohl oft Außenminister war, wollte sich in seinen alten Tagen nicht so mir nichts, dir nichts ausschiffen lassen. Laval, geistig regksam, hat sich gesagt, da werden wir eine andere Methode anwenden, die Methode der Gesamtdemission. Der Mann wird einfach nicht mehr berufen, und als sein würdiger Nachfolger stehe dann ich da. So ähnlich ist es auch hier in Österreich der Fall gewesen. Man wollte durch die Gesamtdemission zweierlei erreichen: Erstens wollte man die lästigen Mitarbeiter beseitigen, und zweitens hat, vielleicht nicht bei allen Mitgliedern der neuen Regierung, aber zumindest bei einigen, der Wunsch bestanden, auf diese Art und Weise in der Ministerherrlichkeit zu bleiben. Das ist der Eindruck, den ich von der Krise bekommen habe.

Und dann die Regierungskrise selber! Der Herr Bundeskanzler hatte die Güte, uns zur Teilnahme an der neuen Regierung einzuladen. Wir haben dem Herrn Bundeskanzler, nachdem er uns sagte:

„Ja, ich sehe lauter Wände vor mir, für Österreich gibt es kaum eine Rettung, wenn wir vom Ausland nicht eine Hilfe bekommen; aber um diese Hilfe zu erreichen, ist es notwendig, daß wir im Außenamt eine Änderung eintreten lassen“ — wir haben auf diese Eröffnung des Herrn Bundeskanzlers erklärt: Wir sind unter diesen Verhältnissen nicht in der Lage, mitzutun, da wir keine Gewähr dafür haben, daß derselbe außenpolitische Kurs eingehalten wird, der bis jetzt eingehalten wurde.

Nun, unsere Befürchtungen, daß der außenpolitische Kurs nicht eingehalten werde, sind nicht ganz von der Hand zu weisen, wenn wir zum Beispiel den „Temps“ lesen, der sich mit der österreichischen Regierungskrise beschäftigt. Er sagt in diesem Zusammenhang: Man kann hoffen, daß die Stimmung in Wien die Organisation einer Donauföderation erleichtern wird.

An einer anderen Stelle schreibt der „Temps“ in ähnlicher Weise. Er sagt: „Unter Vorbehalt des Versuchsanfanges kann man annehmen, daß die vom Kanzler Buresch vollzogene Umbildung des Kabinetts einen Versuch darstellt, um die Wiener Regierung aus der Sackgasse zu befreien, in die sie durch die unvorsichtige und zumindest zweideutige Politik des Herrn Schober hat sich führen lassen.“ Und dann wird weiter ausgeführt, daß der Weg eben zur Donauföderation führen soll.

Nun, so spricht der „Temps“; aber so ähnlich haben auch die Finanzexperten des Völkerbundkomitees dem Völkerbundrat ihren Vortrag gehalten. Auch diese Experten des Finanzkomitees des Völkerbundes haben Österreich den Rat gegeben, doch den alten Weg zu verlassen und einen neuen einzuschlagen, der nicht nach Deutschland, sondern zur Donauföderation führen soll.

Es ist uns aber von getreuen Sekundanten des Bundeskanzlers der Vorwurf gemacht worden — so ähnlich, wie es in der Regierungserklärung etwas umschrieben lautet —, daß wir nicht mitgetan haben. Ich muß sagen, diese Sekundanten haben dem Kanzler für unsere weitere Mitarbeit nicht in der Regierung, sondern außerhalb der Regierung, ebenso wie die Presse, den denkbar schlechtesten Dienst erwiesen. Wir haben durch fast zehn Jahre — es fehlen nur wenige Monate — mit Aufopferung, unter Hintansetzung aller parteipolitischen Interessen mitgearbeitet, und nunmehr haben wir das als Dank geerntet. Wir sind darüber nicht vergrämmt, daß wir außerhalb der Regierung sind. Ich kann Ihnen sagen, daß der gewesene Bizekanzler und auch der Minister Dr. Schürff mir als Fraktionsvorsitzenden ihre Demission angeboten haben, der Bizekanzler hat auch dem Bundeskanzler seine Demission in einem Zeitpunkt angeboten, der weit hinter dem jetzigen zurückliegt. Der Bundeskanzler hat keinen

Gebrauch davon gemacht, und auch ich habe es abgelehnt, weil ich Sorge hatte um die Entwicklung in Österreich, Sorge darum, ob hier nicht vielleicht doch ein Abweichen vom deutschen Kurs stattfinden könnte. Also nicht der Ministerseßel wegen, was man so gerne sagt, sind wir in der Regierung geblieben, sondern — ich wiederhole es das vierte Mal — aus Sorge um diese Republik Österreich. Und daß wir verstanden werden, auch im Auslande verstanden werden, lese ich auch in der gleichen Nummer des „Temps“. Der „Temps“ sagt nämlich folgendes: „Freilich konnte der Kanzler Buresch Herrn Schober, der in dem Kabinett die großdeutsche Volkspartei vertrat, nicht opfern, ohne die Zertrümmerung der parlamentarischen Koalition zu riskieren, auf die er sich mit seiner Mehrheit stützt.“ Ja, die Franzosen wissen ganz genau, was sie in einem solchen Fall zu tun hätten. Merkwürdigerweise gibt es in Österreich nicht politische Analphabeten, sondern führende Politiker, die glauben, daß man nach diesen Dingen, die da vorgekommen sind, einfach weiterhin in einer Koalition mitarbeiten soll.

Ich möchte weiter sagen, wir haben in all den Jahren, in denen wir in der Koalition waren, für alle Staatsnotwendigkeiten Verständnis gehabt, und ich habe dem Herrn Bundeskanzler gegenüber erklärt, daß ich persönlich nach wie vor für die Staatsinteressen Verständnis zeige. Aber wir haben in der letzten Zeit sehen können, daß hier und da eine Verwechslung zwischen Staats- und Parteiinteressen stattgefunden hat, und wir werden nunmehr sehr auf der Hut sein und darauf achten, ob sich diese Verwechslung zwischen Staats- und Parteiinteresse fortsetzen wird, und wir werden alles unternehmen, um zu verhindern, daß weiterhin eine solche Vertauschung vorkommt. Täten wir das nicht, dann würden wir einen Verrat am Staaate und am Volke begehen, denn in den seltesten Fällen trifft es zu, daß Parteiinteressen mit Staatsinteressen identisch sind.

Noch einige wenige Worte über die Credit-Anstalt. Wir haben bei der Verabschiedung des 6., 7. und 8. Credit-Anstalts-Gesetzes gewisse Forderungen aufgestellt. Wir haben unter anderem verlangt, daß sofort Verhandlungen mit dem Gläubigerkomitee auf Herabsetzung der Haftung des Bundes eingeleitet werden. Wir haben weiters verlangt, daß ein Generaldirektor bestellt werde, der womöglich ein Österreicher oder zumindest eine Persönlichkeit ist, die für die österreichischen Wirtschaftsinteressen Verständnis hat. Es hat damals so ausgesehen, als ob wir die Haftung unterbrechen müßten, damit die Verhandlungen gleich aufgenommen werden können. Seither ist eine lange Zeit vergangen und geschehen ist gar nichts. Wir müssen auf der Erfüllung dieser Forderung bestehen und werden unser Verhalten danach einrichten, ob hier etwas geschieht.

Dasselbe gilt für ein anderes Gebiet, für die Nationalbank. Nationalbank und Credit-Anstalt hängen ja innig miteinander zusammen. Ich glaube, die Nationalbank ist mit rund 600 Millionen Schilling an der Credit-Anstalt interessiert. Es wird eine der ersten Aufgaben der neuen Regierung sein müssen, hier Ordnung zu machen; es wäre auch die Aufgabe der alten Regierung gewesen. Wir haben uns im Interesse der Erhaltung unseres Staates und der staatlichen Finanzen für eine Devisenbewirtschaftung ausgesprochen. Aber, wie diese Devisenbewirtschaftung durchgeführt wird, das gehört auf ein ganz besonderes Kapitel. Die jetzige Devisenbewirtschaftung ist derart beschaffen, daß mit Ausnahme der Landwirtschaft alle anderen Betriebe in absehbarer Zeit vollständig lahmgelegt werden. Wenn das der Zweck einer Devisenbewirtschaftung sein soll, dann ist die Devisenbewirtschaftung in der jetzigen Form die richtige. Aber, wo kommen wir damit denn hin? Wir können vielleicht die Währung halten, aber die Arbeitslosigkeit wird von Tag zu Tag größer, und wir stehen dann vielleicht vor einem viel größeren Problem als dem Währungsproblem.

Ich habe gar nichts dagegen, daß sich die Devisenbewirtschaftung in den Händen der Nationalbank befindet. Wer soll es denn machen? Aber ich kann mir ganz gut vorstellen, daß die Devisenverteilung in einer anderen, und zwar zweckmäßigeren Art und Weise vorgenommen wird. An wem wirkt sich denn die Devisenverordnung in erster Linie aus? Nicht allein an der landwirtschaftlichen, sondern in erhöhtem Maße an der industriellen Produktion. Sie wirkt sich am Handel und an allen denen aus, die in diesen Betrieben tätig sind. Infolgedessen bin ich der Meinung, daß die Regierung gut täte, wenn sie eine eigene Verteilungsstelle aus Vertretern der Handelskammern, der Arbeiterkammern und der Landwirtschaftskammern einzusetzen würde. Ich habe diese Anregung schon einmal gegeben. Damals wurde mir von einem prominenten Politiker gesagt: Sie sind halt wieder für die Schaffung von Zentralen. In diesem Falle ist ja die Nationalbank auch nichts anderes als eine Zentrale, leider eine solche, die etwas wirtschaftsfremd ist. Deshalb sind wir so weit gekommen, daß wir fast, wie der Herr Bundeskanzler sich ausgesprochen hat, vor einer Mauer stehen.

Ich möchte weiter, da der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung auch von der Kreditpolitik gesprochen hat, folgendes sagen: Mir kommt vor, daß die Vertreter der österreichischen Regierung bei den letzten Verhandlungen in Genf etwas zu große Optimisten gewesen sind. Ohne Optimismus geht es natürlich nicht, das wäre ein Fehler, denn der Pessimist — sagt man läßt — ist der schlechteste Mist, auf dem nichts wachsen kann,

infolgedessen neige auch ich zum Optimismus. Aber ich glaube, daß in Genf ganz aufrichtig zu sagen gewesen wäre, wie die finanziellen Verhältnisse in Österreich stehen, und man hätte nicht so kurzerhand die Erfüllung aller Verbindlichkeiten für die Zukunft in Aussicht stellen dürfen. Man hätte dort sagen müssen, wenn die Entwicklung in Österreich so weitergeht, so dürfte es einmal dazu kommen, daß wir sagen: non possumus. Das ist übersehen worden, und so appelliert man heute an die inländische Bevölkerung wegen einer Anleihe, mit der ein Überbrückungskredit geschaffen werden soll, der dazu dienen würde, uns über die schwerste Zeit hinwegzuhelfen. Wenn wir Spiz und Knopf in Genf zusammengesetzt hätten, so bin ich der festen Meinung, daß sich auch das Ausland im eigenen Interesse besonnen hätte, anders zu handeln, als es bis jetzt geschehen ist.

Der Herr Bundeskanzler hat uns heute auch mitgeteilt, daß er das handelspolitische Ermächtigungsgesetz eingebracht hat. In der Regierungserklärung heißt es, daß es Aufgabe der Regierung ist, mit allen Nachbarstaaten zu einem wirtschaftlichen Übereinkommen zu gelangen. Ich möchte dazu den Standpunkt meiner Fraktion aussprechen: wir haben gar nichts dagegen, daß mit den Nachbarstaaten verhandelt wird, auch nichts dagegen, daß mit den sogenannten Nachfolgestaaten verhandelt wird, aber nur unter der Bedingung, daß auch das Deutsche Reich bei diesen Verhandlungen vertreten ist (*Zustimmung bei den Parteigenossen*), sonst ist auf Grund eines derartigen wirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes die ungeheure Gefahr gegeben, daß vielleicht die österreichische Regierung Wege geht, die uns direkt in die Donaumöderation hineinführen, was unter allen Umständen vermieden werden muß. Wenn wir hier blanko zustimmen würden, käme das einem Vertrauensvotum gleich, das wir gegenwärtig mit Rücksicht auf die Entwicklung der letzten Tage nicht geben können, nicht geben können, weil der Herr Bundeskanzler recht ungünstige Sekundanten in der letzten Phase der letzten und am Beginne der neuen Kanzlerschaft gehabt hat. Die Rücksichtnahme auf das Deutsche Reich ist etwas Selbstverständliches, denn ob wir wollen oder nicht, sind wir auf Gedeih und Verderb mit dem Deutschen Reich verbunden. Wer sich mit Handelsstatistik beschäftigt, weiß, wie die wirtschaftlichen Wechselbeziehungen zwischen uns und dem Deutschen Reich beschaffen sind. In der Zeit der Devisenbewirtschaftung — wir haben mit Deutschland keinen Clearing — haben wir dem Deutschen Reich viel zu verdanken, und ich glaube, das ist auch dem Bundeskanzler und der ganzen Regierung nicht ganz unbekannt. Was in der letzten Zeit geschehen ist, bedeutet aber einen feindseligen Akt gegenüber der deutschen Politik. Ich habe die Vertreter dieser Politik nicht zu verteidigen,

denn es sind nicht meine Gesinnungsgenossen, aber es sind Deutsche und die Repräsentanten des Deutschen Reiches, denen gegenüber man eigentlich brüsk gehandelt hat. Man hat ihnen die kalte Schulter gezeigt, und das kann sich ungeheuer rächen. Wenn diese Stimmung der Verbitterung in weitere Kreise greift, wird das auf unseren Fremdenverkehr im Sommer übergreifen, und ich weiß dann nicht, wie wir über die Klippe hinwegkommen, da doch der Fremdenverkehr für uns eine der Haupteinnahmequellen ist, nicht allein für Handel und Verkehr und jene, die von dem Fremdenverkehr direkt leben, sondern durch die auch der Bauer profitiert.

Es gibt Kreise in Österreich, die Gegner der wirtschaftlichen Annäherung an das Deutsche Reich sind, die Anhänger der Donaumöderation sind. Ich muß hier offen die Frage aufwerfen: Was bedeutet für die österreichische Wirtschaft die Donaumöderation? Von berufener Seite, aus dem Munde des früheren Mitgliedes des Nationalrates Dr. Schönbauer, konnten wir hören, daß die Donaumöderation für die Landwirtschaft den vollständigen Ruin bedeutet. Ich gehe darüber hinans und sage: Die Donaumöderation bedeutet auch für unsere Industrie den Ruin. Diejenigen aus den industriellen Wirtschaftskreisen, die heute Gegner der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich sind, werden einmal den Befürwortern der Donaumöderation, wenn diese wirtschaftliche Kombination zustande kommen sollte, fluchen; das können wir heute schon sagen. Und dasselbe gilt für unseren Handel und für unser Gewerbe. Wirtschaftlich wird uns also nichts geboten und politisch bedeutet diese Kombination ebenfalls den Tod. Infolgedessen haben wir gar keine Veranlassung, uns von dem eingeschlagenen Weg einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich abhalten zu lassen.

Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung auch von der Verwaltungsreform gesprochen. Ich bin der Meinung — auch der Herr Abg. Dr. Danneberg hat schon davon gesprochen —, daß mit der Verwaltungsreform schon der Anfang gemacht wurde: wir haben einen neuen Polizeiminister in Österreich. Nachdem aber die Verwaltungsreform nicht gemacht werden soll, um mehr Geld auszugeben, sondern weniger, ist dieser Anfang allerdings nicht vielversprechend. Bis jetzt war die Sache so: Der Außenminister und Vizekanzler wurde nur als Polizeipräsident entlohnt, nicht als Minister. Jetzt kommt die Auslage für den neuen Minister eigentlich doppelt dazu. Wenn die Verwaltungsreform, außer im Beamtenabbau, darin gipfelt soll, billiger in der Verwaltung zu arbeiten als früher, dann wird auch hier das Ziel nicht erreicht. Ich glaube aber, das kann nicht das Ziel und Auf der Verwaltungsreform sein. Im Gegenteil, Aufgabe der Verwaltungsreform, von der so lange gesprochen wird

und bezüglich der wir so oft Forderungen aufgestellt haben, ist, billiger zu arbeiten. Es ist auch in Genf besprochen worden, daß in Österreich jetzt eine Verwaltungsreform durchgeführt wird. Wenn unsere Genfer Brüder von der neuen Verwaltungsreform hören, werden sie wahrscheinlich den Kopf schütteln. Die Verwaltungsreform wird nie in Angriff genommen, wird nie vollendet werden können, solange man dieser Sache nicht ernster an den Leib rückt, solange man immer zaudert und zögert, ob man nicht da oder dort eine parteipolitische Niederlage erleiden oder eine Absage bekommen könnte oder ob nicht der Föderalismus sich irgendwie in Szene setzt. Es ist schon einmal ein Kanzler, der Altbundeskanzler Dr. Seipel, an diesem Problem einer Verwaltungsreform und einer weitergehenden Zentralisierung Österreichs gescheitert. Damals hat es sich um eine starke Persönlichkeit gehandelt. Nun, der gegenwärtige Bundeskanzler wird sehr stark sein müssen, wenn er wirklich eine Verwaltungsreform in Österreich machen soll. Dass sie notwendig ist, dass sie dringend gemacht werden muss, darüber kann kein Zweifel bestehen.

Aber nicht allein in der öffentlichen Verwaltung, auch in den sogenannten Wirtschaftskörpern, in erster Linie bei den Bundesbahnen, ist eine Verwaltungsreform notwendig. Wie wir jetzt bei der Verabschließung des Bundesbahnsanierungsgesetzes und des Budgetsanierungsgesetzes vom Oktober vorigen Jahres gesehen haben, stehen die Dinge so, daß wir einen Wirtschaftskörper „Österreichische Bundesbahnen“ geschaffen haben, damit die Parteipolitik das wirtschaftliche Leben der Bundesbahnen nicht stört, und daß nun, weil die Herren dort mit ihrem Latein zu Ende sind, die Sache wieder an das Parlament zurückgekommen ist. Da ist es dann schon klüger, wenn die von uns wiederholt aufgestellte Forderung verwirklicht und die Bundesbahnen wieder zum Bund zurückgeführt werden.

Nun noch wenige Worte über die Entpolitisierung der Verwaltung, in erster Linie des Heeres. Da liegt dem Hause ein Antrag meiner Fraktion vor, der nie einer Verwirklichung zugeführt wird. Da muß ich schon sagen: Die schönste Ausrüstung der freien Formationen in Österreich nutzt nichts, wenn nicht das Bundesheer entpolisiert wird; denn sonst ist es möglich, daß einmal die Linke, wenn sie die stärkste Partei wird und zur Regierung kommt, dann das staatliche Brachium als ihr Brachium verwendet oder daß ein anderes Mal die äußerste Rechte, wenn sie allein oder in Verbindung mit anderen Parteien so stark ist, die Regierung zu stellen, dann trotz der Entwaffnung der sogenannten freien Organisationen das Bundesheer als Brachium für ihre einfache oder kombinierte Parteipolitik verwenden wird. Dieser Schritt muß also unbedingt getan werden. Außerdem fehlt uns noch immer eines,

Wir haben eine neue Verfassung, nach der der Bundespräsident der Höchstkommandierende unseres Bundesheeres ist. Ich glaube, wir sollten da rasch das entsprechende Durchführungsgesetz beschließen, um auf diese Art schon eine Entpolitisierung unserer Wehrmacht durchzuführen.

Das sind im allgemeinen die Bemerkungen, die ich zu machen habe. Abschließend möchte ich zu der Regierungserklärung sagen: Die Kunde hör' ich wohl, doch mir fehlt gegenwärtig noch der Glaube. (Lebhafter Beifall in der Mitte. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Renner den Vorsitz übernommen.)

Ing. Tauschits: Hohes Haus! Der Landbund ist seit dem Jahre 1927 in der Regierung vertreten. Auch für uns wäre es vom Fraktionsstandpunkt, vom parteipolitischen Standpunkt aus zweckmäßiger und vielleicht bequemer gewesen, aus der Verantwortung hinauszugehen und die Verantwortung für die Regierungsgeschäfte anderen zu überlassen. Aber die Partei ist nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck, und sie hat in Vertretung des österreichischen Bauernstandes eine große nationalpolitische, aber auch eine wirtschaftspolitische Mission zu erfüllen. Wenn auch wir uns geweigert hätten, in eine Regierung Buresch II einzutreten, so ständen wir heute innerpolitisch zweifellos vor einem großen Fragezeichen, und niemand vermag abzuschätzen, was aus der österreichischen Wirtschaft geworden wäre. Das eine steht fest: zweifellos hätte sich die schwer seufzende Wirtschaft keine Vorteile, sondern nur schwere Nachteile, schwere Schäden zugezogen, die vielleicht nicht mehr gutzumachen wären. Die Sorge also um unsere Wirtschaft hat uns in erster Linie dazu bewogen, wieder die schwere Verantwortung für das, was die Regierung macht, auf uns zu nehmen.

Es war aber auch die Sorge um die Aufrechterhaltung des außenpolitischen Kurses, den die bisherigen Regierungen eingehalten haben und den wir nicht nur gebilligt, sondern auf den wir auch maßgebenden Einfluß genommen haben. Ich werde übrigens darüber noch später ausführlich sprechen.

Wenn ich nun einige Worte über die Form unserer Beteiligung an der Regierung Buresch II sagen soll, so muß ich vor allem feststellen, daß es doch selbstverständlich ist, daß in einer Koalitionsregierung von zwei Parteien die größere Partei den Kanzler und die kleinere den Vizekanzler stellt. Aber bei der Überlegung, auf welche Art wir in der Regierung vertreten sein sollen, haben für uns Ministerposten absolut keine Rolle gespielt. Dass wir einen zweiten Minister in der Regierung bekommen haben, ist einzlig und allein auf den Wunsch des bisherigen Vertreters in der Regierung, des Herrn Vizekanzlers, zurückzuführen, in dieser Regierung, in der er allein nur christlichsozialen Ministern gegenüberstehen würde, auch einen gleichgesinnten Helfer zu bekommen, und

unser Bestreben, den agrarischen Einfluss im Kabinett zu erweitern. Wir haben auch dadurch, daß wir nicht einen Herrn des Klubs vorgeschlagen haben, dokumentiert, daß bei uns nicht etwa die Sucht nach Ministerstühlen oder dergleichen besteht. Die Zahl der Minister hat sich dadurch nicht vermehrt. Ich vermag der Argumentation meines Vorredners Dr. Straßner nicht zu folgen, der gemeint hat, durch diesen Regierungswechsel wäre der Verwaltungsreform sozusagen ein Riegel vorgeschoben worden, die Kosten für die Regierung hätten sich verteuert, weil der bisherige Bizekanzler und Außenminister Dr. Schober nicht den Gehalt als Minister, sondern als Polizeipräsident bezogen habe. Nach dieser Argumentation könnten dann eigentlich nur Sektionschefs oder überhaupt höhere Ministerialbeamte Minister werden. Auf diese Weise könnte man allerdings zehn solche Stellen abbauen. Die logische Folge einer solchen Einführung wäre natürlich die eines präsidentiellen Kabinetts. Die Antwort auf die Frage aber, wie ein solches präsidentielles Kabinett in Österreich regieren könnte, überlasse ich dem hohen Hause.

Ich habe schon eingangs erklärt, daß das Hauptmotiv für den Eintritt des Landbundes in die Regierung die Sorge um die Wirtschaft war. Es ist selbstverständlich, daß wir um die Lage der österreichischen Wirtschaft im allgemeinen, um die der Landwirtschaft im besonderen besorgt sind. Unser Entschluß, wieder in die Regierung einzutreten, war ja auch folgerichtig durch unser Programm, durch unsere Leitgedanken gegeben. Was haben wir als die wichtigste Aufgabe einer nationalen Wirtschaftspolitik erkannt? Alle Maßnahmen der Regierung sollen darauf gerichtet sein, dem österreichischen, dem vaterländischen Boden, der uns zur Verfügung steht, möglichst viele Produkte, möglichst viele Lebensmittel abzuringen, um auf diesem deutschen Boden möglichst viele deutsche Menschen zu ernähren. Unter diesem Gesichtswinkel betrachten wir auch die Wirtschaftspolitik dieses Staates, solange wir eben gezwungen sind, österreichische Politik zu machen und nicht als ein Teil des gesamtdeutschen Staates an der gesamtdeutschen wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben können. Auch in diesem Staate muß es natürlich oberstes Gesetz bleiben, die Nahrungsfreiheit für unser Volk zu schaffen. Der Weg hierzu ist die Erhaltung des freien deutschen Bauers auf seiner freien Scholle. Mehr denn je bangt heute der Bauer um die Erhaltung seiner Existenz, um die Erhaltung dieser seiner Scholle. Es kann dem Bauer nur geholfen werden, wenn man ihn von dieser Sorge befreit, und es ist ein Gebot der Stunde, die Rentabilität der österreichischen Landwirtschaft in allen ihren Zweigen wiederherzustellen, indem man die Ausgaben, die ihr die öffentliche Hand auferlegt, verringert und die Einnahmen erhöht. Die Befreiung des Gebirgsbauers, der in den höchsten Regionen

der menschlichen Siedlungen Kulturarbeit im wahrsten Sinne des Wortes leistet, von verschiedenen Gebühren, wie Immobiliargebühren, Erbgebühren usw., aber auch von einigen drückenden Steuern, ist eine Forderung unserer Partei an die Regierung. Soweit aber die Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft durch handelspolitische Maßnahmen allein nicht möglich ist, sind hierzu unbedingt Sondergesetze notwendig. Als ein solches Sondergesetz, das dieses Parlament im Spätherbst vorigen Jahres verabschiedet hat, erwähne ich das Viehverkehrsgesetz, das man wohl als den größten Erfolg der österreichischen Agrarpolitik in der Nachkriegszeit bezeichnen darf. Es hat sich zweifellos auch gut ausgewirkt und ist noch weiter ausbaufähig. Es hat sich insofern ausgewirkt, als wir doch heute, mit Ausnahme der Schweiz, die besten Preise für Agrarprodukte in Mitteleuropa haben. Trotzdem aber sind die Preise für landwirtschaftliche Produkte in Österreich bestenfalls valorisiert — wie beispielsweise bei der Milch —, bei dem überwiegenden Teile aber sind sie untervalorisiert, während wir auf der anderen Seite feststellen müssen, daß der Bauer für alle Produkte, die er nicht in seiner Haushirtschaft erzeugt, die er also kaufen muß, doppelt, ja vielfach sogar dreifach valorisierte Preise zahlen muß. Das ist eine Diskrepanz, die auf die Dauer unmöglich ertragen werden kann. Es ist daher eine Forderung, die wir an die Regierung, beziehungsweise den Herrn Landwirtschaftsminister stellen, dem dieses Parlament im vergangenen Herbst ein Instrument in die Hand gegeben hat, um der Landwirtschaft bessere Preise für ihre hauptsächlichsten Standardprodukte, nämlich Vieh und insbesondere Schweine, zu verschaffen, daß dieses Gesetz so gehandhabt wird, wie es gemeint und in den Ausführungen vorgesehen war.

Wenn ich zugebe, daß sich das Viehverkehrsgesetz im großen und ganzen gut ausgewirkt hat, so müssen wir doch mit Bedauern feststellen, daß bisher nur ein Teil der österreichischen Bauernschaft in den Genüß der Vorteile dieses Gesetzes gekommen ist, und zwar meistens jener Teil, der nicht die schwierige Aufzucht des Viehs zu besorgen hat, sondern der die Veredlung durchführt, also der Mäster. Der Gebirgsbauer, der nur Einstellochsen aufzieht und nur Beindvieh auf den Markt bringen kann, weil ihm die Futtermittel zur Mast fehlen, hat bisher die Vorteile des Viehverkehrsgesetzes nur sehr wenig genossen. Die Preise für Einstellochsen und Beindvieh sind trotz des Viehverkehrsgesetzes noch immer sehr unbefriedigend. Auf den Gebirgsbauern aber, dem die Lebenshaltungskosten beispielsweise durch die Getreidezölle und durch andere Maßnahmen und Gesetze verteuert worden sind, darf nicht vergessen werden. Es ist deshalb an die Regierung die Forderung zu richten, ehestens Maßnahmen zu treffen, damit sich die Viehpreise auch in den äußersten

Tälern und Gräben und auf den Bergen oben bessern, denn nur so ist die Erhaltung der nackten Existenz des um seine Scholle bangenden Gebirgsbauern möglich.

Der Regierungserklärung haben wir entnehmen können, daß die Regierung Buresch II nach wie vor bestrebt sein wird, das Gleichgewicht im Bundeshaushalt aufrechtzuerhalten, und daß sie an eine Erhöhung der Bundeseinnahmen nicht im entferntesten denkt. Sollte das Gleichgewicht etwa infolge einer Verminderung der Einnahmen, die im Budget vorgesehen sind, gestört werden, so beabsichtigt die Regierung, rechtzeitig Sparmaßnahmen zu treffen. Der Herr Bundeskanzler hat auch festgestellt, daß die Verwaltungsreform in Angriff genommen wurde. Auch das wird von uns nicht nur begrüßt und gebilligt, sondern wir stellen an die Regierung die dringende Forderung, diese Verwaltungsreform ehestens durchzuführen.

Besonders angenehm berührt hat mich die Feststellung des Herrn Bundeskanzlers, daß die Regierung nicht etwa daran denkt, im Falle einer eventuellen Störung des Gleichgewichtes im Bundeshaushalte zur Wiederherstellung des Gleichgewichtes etwa die Notenpresse in Anspruch zu nehmen. Die Regierung ist übrigens gar nicht in der Lage, die Notenpresse in Anspruch zu nehmen, und das ist eine an sich sehr erfreuliche Tatsache. Die Notenbank ist ja von der Regierung derart unabhängig, daß der Finanzminister gar nicht das Recht hat, dem Notenbankpräsidenten den Auftrag zu geben, ihm ungedeckte Noten zur Verfügung zu stellen. Diesen Konstruktionsfehler hatte ja die Österreichisch-ungarische Bank, und die Regierungen der Kriegs- und Nachkriegszeit haben von diesem Konstruktionsfehler ausgiebigen Gebrauch gemacht, denn der Krieg vom Jahre 1914 wurde bis in das Jahr 1918 mit ungedeckten Noten gefährt, wenn man sich auch ab und zu einmal zum Schein mit Kriegsanleihen ausgeholzen hatte.

Aber im heutigen Notenbankgesetz ist ein anderer Konstruktionsfehler festzustellen, daß nämlich die Regierung keinen Einfluß auf die Zinsfußpolitik der Nationalbank hat. Das ist außerordentlich bedauerlich. Die Leitung der Nationalbank hat, was man zum größten Bedauern in der letzten Zeit feststellen konnte, für die Bedürfnisse der österreichischen Wirtschaft nur ein außerordentlich geringes Verständnis aufgebracht. Nur mit vielen Schwierigkeiten ist es uns im November des vorigen Jahres gelungen, den Zinsfuß der Nationalbank von 10 auf 8 Prozent herunterzudrücken. Seit diesem 13. November weigert sich die Leitung der Nationalbank trotz der vielen — ich muß schon sagen — wiederholten Vorstellungen der Bundesregierung beharrlich, den Zinsfuß weiter zu senken. Da nun endlich ein Wechsel in der Leitung der Nationalbank eintreten dürfte, so

hoffe ich, daß der neue Notenbankpräsident mehr Verständnis für die Bedürfnisse der Wirtschaft aufbringen und nicht dem falschen Phantom nachjagen wird, daß man mit einem hohen Zinsfuß mehr Geld aus dem Auslande hereinbekommen wird, als es bisher der Fall war. Die Argumentation, daß man deshalb, weil man die B.-F. Z.-Kredite und die Kredite der Bank von England mit 8 Prozent verzinsen muß, auch die übrigen Wechselfredite der Nationalbank mit 8 Prozent verzinsen muß, kann doch wohl nicht ernst genommen werden, wenn man bedenkt, daß diese Kredite nur 190 Millionen ausmachen, während die gesamten Wechselfredite der Nationalbank nahezu an 1 Milliarde Schilling heranreichen. Ich habe bereits angekündigt, daß ein Wechsel in der Leitung bevorsteht, und ich hoffe, daß die neue Leitung der Notenbank in dieser Hinsicht einen besseren Weg beschreitet, als es bisher der Fall war.

Aus der Regierungserklärung habe ich mit Befriedigung entnommen, daß die Notenbank mit Unterstützung der Regierung alles daran setzen wird, um die Stabilität der Währung zu sichern. An einer stabilen Währung hat natürlich auch das Landvolk ein großes Interesse, und ich begrüße daher dieses Bestreben. Der Herr Bundeskanzler konnte günstige Ansätze für eine Besserung der Lage auf dem Finanzmarkt andeuten. Dazu gehören die Hebung der Einlagen in den Sparkassen, die Verminderung des Wechselporeteuilles bei der Nationalbank und auch die Verminderung des Notenumlaufes.

Ich muß auch ein paar Worte über die Verhältnisse bei der Credit-Anstalt sagen, obwohl der Herr Abg. Kollmann ausgeführt hat, daß es besser wäre, darüber nicht zu sprechen und der Anstalt Ruhe zu lassen. Ich werde dem Wunsche des Herrn Kollegen Kollmann gerne in dem Augenblick nachkommen, wenn bei der Credit-Anstalt Ordnung gemacht sein wird. Solange aber bei der Credit-Anstalt dieser latente Zustand besteht, werde ich als Volksvertreter meine berechtigte Kritik erheben.

Die drei Gesetze, die der Nationalrat vor Weihnachten beschlossen hat, lösen das Credit-Anstaltsproblem noch keineswegs endgültig. Nach diesen gewissen Vereinbarungen, die die Regierung mit dem Auslandgläubigerkomitee abgeschlossen hat, hat sich dieses das Recht vorbehalten, einen Generaldirektor zu nennen. Bis auf den heutigen Tag konnte dieses Komitee der österreichischen Regierung noch keinen Generaldirektor namhaft machen, der auch bereit gewesen wäre, die Leitung der Credit-Anstalt zu übernehmen. Ich glaube, es ist höchste Zeit, daß die Regierung sich nun entschließt, selbst einen Generaldirektor zu bestellen, und da braucht man gar nicht in die Ferne schweifen. Wir haben nämlich bereits einen Generaldirektor für die Credit-Anstalt, der sich durchaus bewährt hat, und ich verstehe gar

nicht, daß man durch zwei Monate hindurch diesem auf verschiedenen Posten, zulegt auch in der Credit-Anstalt, bewährten Generaldirektor kränkt und ihm immer wieder einen anderen vorsezzen will. Wenn man Spitzmüller dort beläßt, wo er ist, und ihm einen tüchtigen Direktor, der die Industrieangelegenheiten regelt, zur Seite gibt, einen Direktor, der die kommerziellen Fragen löst, und schließlich einen, der sich in den Auslandskreditgeschäften auskennt, wird zweifellos damit die Credit-Anstalts-Frage, soweit die Bestellung des Generaldirektors in Frage kommt, gut gelöst sein. Die Ernennung des Exekutivkomitees ist so weit vorgeschritten, daß auch sie in die Tat umgesetzt werden kann. Es erübrigts sich dann nur noch das Arrangement mit den Auslandgläubigern und die Lösung der Frage: Was geschieht mit den Wechseln der Nationalbank? Da muß ich schon mit besonderer Schärfe betonen, daß selbstverständlich die Auslandgläubiger sich ja nicht trümmern lassen sollen, die ganzen Beiträge zu erhalten. Sie werden selbstverständlich auch Opfer bringen müssen, denn dieser arme Staat ist nicht in der Lage, die ganzen Verpflichtungen, die Dr. Fuchs seinerzeit übernommen hat, die ganzen Haftungen zu übernehmen. Aber auch die Nationalbank, deren Leitung in geradezu leichtfertiger Weise die Wechsel, die eingereicht worden sind, es komptiert hat, wird einen Teil dieses Opfers auf eigenes Konto übernehmen müssen. Mit der Lösung dieses Problems ist meines Erachtens die finanzielle Frage Österreichs erledigt, denn in dem Moment, wo der Finanzminister weiß, welche Last jährlich aus dieser Credit-Anstalts-Haftung den Bundeshaushalt trifft, wird er sich eben das Budget danach einrichten können und einzurichten haben.

Ich habe schon eingangs meiner Ausführungen gesagt, daß ein Grund für den Eintritt des Landbundes in die Regierung auch die Wahrung und Sicherung des bisherigen außenpolitischen Kurses war. Ich darf vielleicht bei dieser Gelegenheit auf meine Ausführungen in der Budgetdebatte im Dezember vorigen Jahres hinweisen, wo ich über die nationale Pflicht des Landbundes als politische Partei gesprochen habe und wo ich unsere Auffassung zum Anschluß und zur Zollunion ganz eindeutig festgelegt habe. Es ist überflüssig, diese Ausführungen zu wiederholen, die ja jederzeit im stenographischen Protokoll nachgelesen werden können. Ich habe diesen nationalpolitischen Erklärungen nur noch anzufügen, daß sich an unserem außenpolitischen Endziel, das ist der Anschluß an unser Mutterland, seit damals nicht das geringste geändert hat. Wenn etwa der Herr Abg. Straßner fürchtet, daß sich die außenpolitische Linie des Kabinetts Buresch II irgendwie verschieben, daß es von der großdeutschen Linie abgedrängt werden könnte, so darf ich ihm die beruhigende Versicherung geben, daß, solange der Landbund in der Regierung ist, in der außen-

politischen Haltung der Regierung keine Änderung eintreten kann und wird. Ich kann noch mehr sagen: ein Hauptbeweggrund für uns, in diese Regierung einzutreten, war eben das Festhalten und das zielsichere Verfolgen dieses unseres Hauptprogrammpunktes, der Vereinigung aller Deutschen in einem Staate.

Aber auch die wirtschaftliche Überlegung spielt für uns in der Frage des Anschlusses eine große Rolle. Würde Österreich etwa in eine andere Kombination eingereicht werden, möge sie Donauösterreicher oder wie immer heißen, so würde damit für die österreichische Landwirtschaft die allergrößte Gefahr entstehen. Selbst der bloße Gedanke an eine solche Kombination ist für uns Landbündler unerträglich. Österreich ist ja nicht in der Lage, den Getreide- und Viehhüberschüß der Oststaaten aufzusaugen, und die Preise für die Agrarprodukte würden bei irgend-einer wirtschaftspolitischen Verbindung mit den Oststaaten auf das Niveau sinken, das sie dort haben, auf 40 bis 50 Groschen pro Kilogramm Lebendgewicht Vieh und auf 9 bis 12 Heller pro Kilogramm Weizen. Ein derartiger Preissturz würde natürlich den sofortigen Niederbruch der österreichischen Landwirtschaft zur Folge haben, die bei ihren schwereren Arbeits- und Produktionsbedingungen und somit höheren Gestaltungskosten mit diesen Preisen nicht das Auslangen finden könnte. Auch aus diesen wirtschaftlichen Gründen ist eine Zunutung an einer derartige Kombination eine groteske, es wäre dies Verrat an dem Stande, den wir in erster Linie zu vertreten haben, am Bauernstande. Die berechtigte Sorge um die Erhaltung der Landwirtschaft unseres Staates verbietet uns also, unsere außenpolitische Linie irgendwie zu ändern. Wenn wir aber Standespolitik, in erster Linie Politik für unsere schwer bedrückte Landwirtschaft betreiben, so sind wir überzeugt, daß wir dabei keine Klassenpolitik führen, sondern daß dies tatsächlich Staats- und Volks-wirtschaftspolitik im wahrsten Sinne des Wortes ist. Wenn die sicherste Grundlage des Staates, der Bauernstand, ins Wanken kommt, dann ist es mit dem Bestehen des Staates selbst sehr schlecht bestellt.

Mit der sinkenden Kaufkraft der Landwirtschaft — und mindestens die Hälfte der Bevölkerung des österreichischen Staates wird in der Landwirtschaft beschäftigt — sinkt natürlich auch die Beschäftigung in der Industrie, im Gewerbe und im Handel. Geht es dem Bauer gut, dann leben mit ihm alle nicht nur auf dem Lande, sondern auch im Lande gut. Das alte Sprichwort: „Hat der Bauer Geld, so hat es die ganze Welt“, ist wahr geblieben bis auf den heutigen Tag. Den Weg für diesen Zustand frei zu machen, das ist unsere vornehmste Aufgabe, das ist wahre nationale Wirtschaftspolitik. In diesem Sinne nehmen wir die Regierungserklärung zur Kenntnis. (Beifall bei den Parteigenossen.)

1938

72. Sitzung des R. R. der Republik Österreich, IV. G. P. — 4. Februar 1932.

Die Verhandlungen werden abgebrochen.

Der Bundesminister für Finanzen berichtet gemäß § 6, Absatz 4, des Postsparkassengesetzes vom 28. Dezember 1926, B. G. Bl. Nr. 9/27, daß im Jahre 1931 in bezug auf die fruchtbringende Verwendung der aus dem Spar- und Scheckverkehr einfließenden Gelder der Postsparkasse weder von ihm noch von seinen Vorgängern eine besondere Verfügung im Sinne des § 6, Absatz 2, des Postsparkassengesetzes getroffen worden ist.

Dient zur Kenntnis.

Das Bundesministerium für Handel und Verkehr stellt ein Exemplar der „Statistik des Außenhandels Österreichs im Monate November 1931“ zur Verfügung. Dieses Exemplar wurde der Bibliothek des Nationalrates übermittelt, wo es von den Mitgliedern des hohen Hauses eingesehen werden kann.

Das Bundesministerium für soziale Verwaltung hat den nach Vorschrift des Artikels 48 des Gesetzes vom 6. April 1925, B. G. Bl. Nr. 187, dem Nationalrat zu erstattenden Bericht über den Stand und die Gebarung des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds im Jahre 1930 übermittelt. Dieser Bericht wird dem Ausschuß für soziale Verwaltung zugewiesen.

Eingelangt sind Regierungsvorlagen, betr.: Änderung des Bundesgesetzes vom 3. Dezember 1925, B. G. Bl. Nr. 432, betr. die Errichtung eines Bergbaufürsorgefonds, in der Fassung der Gesetze vom 16. Dezember 1927, B. G. Bl. Nr. 360, und vom 23. Jänner 1931, B. G. Bl. Nr. 42 (B. 292); Studentenschaftsordnung an den Hochschulen (B. 293); Änderung einiger Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 21. Juni 1925, B. G. Bl. Nr. 275, über die allgemeinen Bestimmungen des Verwaltungsstrafrechtes und das Verwaltungsstrafverfahren (Verwaltungsstrafgesetznovelle 1932) (B. 294); Verlängerung der Wirksamkeit des Bundesverfassungsgesetzes vom 8. Oktober 1931, B. G. Bl. Nr. 305, betr. die Ermächtigung zur Erlassung gesetzändernder Ver-

ordnungen zum Schutze der Wirtschaft (B. 298); verschiedene Änderungen der Gewerbeordnung und des Kundmachungspatentes (B. 299); Regelung der Handels- und Verkehrsbeziehungen mit auswärtigen Staaten (Handelspolitisches Ermächtigungsgesetz 1932) (B. 300).

Zugewiesen werden die Regierungsvorlagen B. 292 dem Ausschuß für soziale Verwaltung, B. 294 dem Verfassungsausschuß.

Nächste Sitzung: Freitag, den 5. Februar, 11 Uhr vorm. Tagesordnung:

1. Fortsetzung der Debatte über die Regierungserklärung.

2. Bericht des Rechnungshofausschusses über den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes (B. 69) und den Bundesrechnungsbefund für das Verwaltungsjahr 1930 (B. 295).

3. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (B. 251): Übereinkommen zwischen Österreich und dem Deutschen Reich über die gegenseitige Zulassung der an der Grenze wohnhaften Medizinalpersonen zur Ausübung der Praxis (B. 296).

4. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (B. 282): Bericht an den Nationalrat über den auf der XIV. Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Entwurf eines Übereinkommens über die Regelung der Arbeitszeit im Handel und in Büros und die Empfehlungen, betr. die Regelung der Arbeitszeit in Hotels, Gastwirtschaften und ähnlichen Betrieben, betr. die Regelung der Arbeitszeit in Theaterbetrieben und anderen Vergnügungsstätten und betr. die Regelung der Arbeitszeit in Betrieben, die der Behandlung oder Unterbringung von Kranken, Gebrechlichen, Bedürftigen oder Geisteskranken dienen (B. 297).

5. Wahl eines Schriftführers des Nationalrates (an Stelle des Abg. Dr. Kurt Schuschnigg).

Schluß der Sitzung: 6 Uhr 40 Min. abends.